

Deutsche Emigranten und die KPD-Führung während der „Großen Säuberung“ 1936 bis 1938 in der Sowjetunion.

Ein Überblick.

Peter Erler

Formen und Ausmaß des Geheimdienst- und Justizterrors

Nach der Machtergreifung Hitlers im Januar 1933 mußten Tausende Mitglieder der Kommunistischen Partei (KPD) und ihre Familienmitglieder als entschiedene Gegner des nationalsozialistischen Regimes ihre Heimat verlassen und ins Ausland emigrieren. Ein Großteil dieser Antifaschisten fand in der Sowjetunion Stalins politisches Asyl. Dort trafen sie auf deutsche Genossen, die im Gastland bereits seit den 1920er Jahren als Facharbeiter und Spezialisten an der Realisierung der ambitionierten Fünfjahrplanprojekte mitwirkten oder als Funktionäre und Mitarbeiter in der Kommunistischen Internationale (Komintern, KI) und der ihr angeschlossenen weltweit agierenden Massenorganisationen tätig waren. Nach Emigration oder Flucht erhofften sie sich im „Vaterland aller Werktätigen“ eine sozial abgesicherte Lebensperspektive sowie Schutz vor politischen und rassistischen Verfolgungen bei solidarischen Kampfgefährten.

Ab Mitte der 1930er Jahre gerieten die rund 8 000 deutschen Polit- und Wirtschafts-emigranten¹ jedoch in den menschenvernichtenden Strudel der inquisitorischen Parteisäuberungen und der massenhaften Charakter annehmenden systemimmanenten Verfolgungs- und Terrorkampagnen gegen einheimische und ausländische „Trotzkisten“, „faschistische Spione“ und andere „Volksfeinde“. Mit dem von ihm initiierten und immer wieder geschürten Wüten der Geheimpolizei NKWD und der Justizorgane verfolgte der Diktator Stalin unter anderem das Ziel, wirkliche und potentielle Opponenten in der eigenen Partei, ehemalige bürgerliche Eliten und andere soziale Bevölkerungsgruppen zu eliminieren sowie den auf seine Person fixierten absoluten Führungsanspruch in der sowjetischen Gesellschaft endgültig durchzusetzen.

Die Verhaftungen im deutschen Emigrantenmilieu hatten analog zu den gesamtsowjetischen Geschehnissen zunächst politisch-ideologische Ursachen und standen vielfach in Bezug zu früheren parteiinternen Diskursen und Interessenkonflikten.² In die Fänge des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) gerieten Parteimitglieder, die eine vermeintliche Mitschuld an der Niederlage der KPD von 1933 trugen, wie zum Beispiel Mitarbeiter des militärpolitischen Apparats um Hans Kippenberger, und Kader, die vor der Emigration fraktionellen Zusammenhängen, Gruppierungen und auf persönlichen Beziehungen fußenden Cliques angehörten oder nach wie vor von der offiziellen Parteilinie abweichende Auffassungen und Positionen vertraten. Ihnen wurden neben

1 Hedeler, Wladislaw: Ihr einziges Vergehen war ihre Nationalität. Vor 75 Jahren begann in der Stalinschen Sowjetunion die „Deutsche Operation“. In: Neues Deutschland vom 14./15. Juli 2012. Von der deutschen Vertretung beim Exekutivkomitee der KI (EKKI) wurde 1936 die Zahl der anerkannten deutschen Politemigranten in der Sowjetunion auf 4.600 geschätzt. Müller, Reinhard: Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941. Berlin 1993, S. 128.; Tischler, Carola: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil – 1933 bis 1945. Münster 1996, S. 26.

2 Zur Gesamtproblematik siehe auch: Hermann Weber/Jakow Drabkin/Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Deutschland; Russland, Komintern. II. Dokumente (1918-1943). Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen. Teilband 2, Berlin/München/Boston 2015, S. 1152 ff.

der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten vorrangig Trotzismus und rechte Abweichungen wie „Brandlerismus“ vorgeworfen. Bereits beim Schauprozeß gegen das „Antisowjetische vereinigte trotzkistisch-sinowjewsche Zentrum“ im August 1936 saßen fünf Mitglieder bzw. ehemalige Mitglieder der KPD – Ilja I. Krugljanski (Fritz David), Moissej I. Lurje (Alexander Emel), Konon B. Berman-Jurin (Hans Stauer), Walentin P. Olberg und Nathan L. Lurje (Hans Wolf) – mit auf der Anklagebank.³

In der Folgezeit wuchs durch den Eifer der sowjetischen Repressivorgane die Zahl der inhaftierten KPD-Mitglieder schnell an. Nach einer von der Kaderabteilung der Komintern Ende Januar 1937 erstellten Analyse wurden bereits in den Jahren 1935/36 126 KPD-Mitglieder von Festnahmekommandos verschleppt.⁴ Einige Monate später, im Juni 1937, hatte die in Moskau residierende KPD-Führung um Wilhelm Pieck schon 292 Frauen und Männer listenmäßig erfaßt, die seit September 1936 aufgrund von Verhaftungen aus der Partei ausgeschlossen worden waren. In dieser Zeit hielten die schwarzen Gefängniswagen des NKWD auch immer häufiger vor dem legendären Kominternhotel „Lux“, um aus dem Kreis der verängstigten internationalen Bewohner „Partei- und Volksfeinde“ in die Moskauer Zentralgefängnisse abzutransportieren. Nicht nur Margarete Buber-Neumann, die dort ihren Ehemann Heinz – der Jahre zuvor in der KPD mit seinem Freund Herrmann Remmele selbst noch als maßgeblicher „Einpeitscher Stalins“ agierte⁵ – zum letzten Mal sah, nahm das „Wohnheim der Weltrevolutionäre“ in der Gorki-Straße 36 zunehmend als einen Ort des Schreckens und als eine „Menschenfalle“ wahr: „[...] die Nächte wurden zur Qual. [...] Nach Mitternacht pflegten die schweren Schritte zu kommen. Aus dem Zimmer von gegenüber hatten sie einen Bulgaren geholt, von nebenan zwei deutsche Stenotypistinnen und aus dem Stockwerk unter uns einen Polen. Wenn ich am Tage durch die Gänge des Lux ging, musterte ich scheu die Türen, ob wieder irgendwo eine von dem NKWD versiegelt worden war. Das taten sie nach der Verhaftung, wenn keine Angehörigen zurückblieben. In der Nacht vom 26. zum 27. April 1937 schlug es dröhnend gegen unsere Tür. Ich öffne. Drei NKWD-Beamte und der Kommandanten des Lux drangen ins Zimmer. ‚Neumann, stehen Sie auf, Sie sind verhaftet!‘“⁶

Mit den Beschlüssen der sowjetischen Parteiführung zur zielgerichteten „Säuberung“ einzelner Volksgruppen von Spionen und Volksfeinden – sogenannten nationalen Operationen – nahmen die Terrormaßnahmen auch gegen die deutschen Emigranten ab Ende Juli 1937 Massencharakter an. Am 20. Juli 1937 legte das Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU(B)) fest, daß alle in Rüs-

3 Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer. Mit einem Vorwort von Horst Schützler. Berlin(Ost) 1990, S. 136 ff.; Hedeler, Wladislaw: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Berlin 2003, S. 73 ff., 461.

4 Vatlin, Aleksandr: Kaderpolitik und Säuberungen in der Komintern. In: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn/München/Wien/Zürich 1998, S. 75.

5 Müller, Reinhard: Stalinistischer Glaubensvirtuose. In: Wunderle, Michael (Hrsg.): Margarete Buber-Neumann. Frankfurt am Main 2001, S. 105–112.

6 Buber-Neumann, Margarete: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges. Stuttgart 1957, S. 162, 444. Siehe auch: Mayenburg, Ruth von: Hotel Lux. Die Menschenfalle. Eine Reise – ein Film von Heinrich Broloer. München 2011, S. 249 ff.; Scherbakowa, Irina: Die Hände meines Vaters. Eine russische Familiengeschichte. München 2017, S. 39 ff. Ähnliche Szenen spielten sich auch im Wohnhaus „Weltoktober“, im Heim der Internationalen Roten Hilfe (IRH) „Woronzewo Pole“, im Hotel „Baltshuk“ und in anderen Quartieren der Emigranten und KI-Mitarbeiter ab. Z. B.: Friedmann-Wolf, Sonja: Im roten Eis. Schicksalswege meiner Familie. 1933–1958. Hrsg. Von Müller; Reinhard/Way, Inge. Berlin 2013, S. 83 ff.; Müller, Reinhard: „Menschenopfer unerhört“. Ruben-Wolf, Martha und Wolf, Lothar In: ebd., S. 400.

tungsbetrieben (Geschützgießereien, Munitionsfabriken, Sprengstoffwerken usw.) arbeitenden deutschen Staatsbürger zu verhaften und ein Teil von ihnen auszuweisen seien. Dem Protokoll der Beratung lag ein Notizzettel Stalins bei, in dem es verschärfend hieß: „Alle Deutschen in unseren Rüstungsbetrieben, halbmilitärischen und Chemiewerken, in Elektrokraftwerken und auf Baustellen, in allen Gebieten sind zu verhaften.“⁷ Der entsprechende Befehl des NKWD Nr. 00439 vom 25. Juli 1937 richtete den Terror in der Folgezeit schließlich gegen alle Deutschen wegen ihrer nationalen Herkunft und der ihnen unterstellten engen Verbundenheit zum NS-Regime.⁸ Durch die Erweiterung der Festnahmegründe und der potentiellen Zielgruppe der Verhaftungen um das nationale Element avancierten die große rußlanddeutsche Bevölkerungsgruppe und mit ihr auch die deutschen Emigranten „zum beliebtesten Opfer der NKWD-Organen“.⁹

Die Welle der Massenverhaftungen erfaßte nun ausnahmslos die gesamte Kolonie der deutschen Wirtschafts- und Politemigranten, der noch im Lande verbliebenen Spezialisten, der Kultur- und Kunstschaffenden sowie der Kominternmitarbeiter unabhängig von ihren politischen Bekenntnissen und Aktivitäten. Anfang Dezember 1937 waren der Moskauer KPD-Führung nunmehr 550 Fälle von festgenommenen Parteimitgliedern bekannt.¹⁰ Nachdem das Politbüro des ZK der KPdSU(B) am 31. Januar 1938 seine Aufforderung an das NKWD, deutsche Agenten zu jagen, erneuert hatte, setzte im ersten Halbjahr 1938 eine weitere Verhaftungswelle ein.¹¹ Die Spionagemanie und die Atmosphäre des Mißtrauens gegenüber Deutschen wurden noch zusätzlich durch die sowjetische Presse angeheizt. Am 12. April 1938 schrieb die französischsprachige Zeitung *Journal de Moscou*¹², daß „jeder deutsche Bürger, der im Ausland lebt, für die Gestapo arbeitet“.¹³

Ende April 1938 befanden sich schließlich über 70 Prozent der in der Sowjetunion erfaßten KPD-Mitglieder im Gewahrsam des NKWD. Wie in Engels an der Wolga waren in vielen Städten und Industriezentren alle KPD-Genossen verhaftet worden. Von den 378 noch Beitrag zahlenden Parteimitgliedern lebten zu diesem Zeitpunkt nur noch 43 außerhalb der sowjetischen Hauptstadt.¹⁴ Bis Anfang November 1938 verringerte sich

7 Ochotin, Nikita/Roginski, Arseni: Zur Geschichte der „Deutschen Operation“ des NKWD 1937–1938. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (JfhK) 2000/2001, Berlin 2001, S. 89 ff. Der Politbürobeschluß wurde wahrscheinlich erstmalig erwähnt in: Natalija Geworkjan: Der KGB lebt. Fakten, Personen und Schicksale aus der Geschichte des sowjetischen Geheimdienstes, Berlin 1992, S. 226.

8 Operativer Befehl des NKWD Nr. 00439 vom 25. Juli 1937. In: Weber/Mählert: Terror, S. 165/167.

9 Vatlin: Kaderpolitik, S. 79.

10 Die entsprechende Aufstellung der KPD-Führung weist am 2. Dezember 1937 553 Namen auf. Drei davon wurden doppelt erfaßt. Vgl.: Liste der wegen konterrevolutionärer Tätigkeit aus der KPD Ausgeschlossenen. Zum größten Teil auf Grund von Verhaftungen in der SU. o. D.; Rußländisches Staatliches Archiv der sozialen und politischen Geschichte (RGASPI), 495/175/100, Bl. 19–34.

11 Geworkjan, KGB, S. 233; Vorwurf: Mitglied einer Hitlerjugend. 1938 in der UdSSR verhaftet und abgeurteilt: 70 deutsche und österreichische Emigranten und Facharbeiter. In: „Neues Deutschland“ vom 28. August 1995.

12 Erschien von 1934 bis 1939 in Moskau.

13 Zit. nach: Dehl, Holger/Mussienko, Natalja: „Hitlerjugend“ in der UdSSR? Zu Hintergründen und Folgen einer NKWD-Fälschung 1938. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 1/1996, S. 78.

14 Babitschenko, Leonid G.: „Wenn die Verhaftungen ihren Fortgang nehmen, so ... bleibt kein einziges deutsches Parteimitglied mehr übrig“. Die Stalinsche „Säuberung“ der deutschen Politemigration in den Jahren 1937–1938. (russisch). In: Istoritscheskij archiv 1/1992, S. 120; Müller: Akte, S. 150 ff.

die Zahl der Beitragszahler weiter auf 363.¹⁵ Im Vergleich mit den 2 500 KPD-Genossen, welche Anfang Oktober 1936 bei der Komintern erfaßt waren¹⁶, reduzierte sich die Mitgliederzahl innerhalb von zwei Jahren also fast auf ein Siebtel des ehemaligen Bestandes.¹⁷

Nach eigenen Schätzungen wurden in den Jahren 1936 bis 1938 an die 1 600 deutsche Emigranten (Mitglieder der KPD, deutsche Kommunisten, die mittlerweile in die KPdSU(B) aufgenommen worden waren und Parteilose), unter ihnen auch viele Frauen¹⁸, vom Terror der sowjetischen Geheimpolizei und vom unheilvollen Agieren der Justizgremien erfaßt.¹⁹ Darunter befand sich eine erschreckend große Zahl ehemaliger kommunistischer Spitzenfunktionäre. Von den acht in die UdSSR emigrierten Mitgliedern und Kandidaten des auf dem „Weddinger Parteitag“ der KPD 1929 gewählten Polbüros wurden allein vier – Leo Flieg, Heinz Neumann, Hermann Remmele und Fritz Schulte – hingerichtet. Dreizehn der siebzehn kommunistischen Reichstags- bzw. dreizehn der 24 Landtagsabgeordneten von 1932, die in der Sowjetunion Asyl gefunden hatten, gerieten dort in Haft und kamen mehrheitlich um. Insgesamt hat die KPD 35 Mitglieder des Polbüros, des ZK und der kommunistischen Fraktion des Reichstages sowie der Landtage aus der Zeit der Weimarer Republik durch die stalinistische Säuberung verloren.

Weiterhin erfaßte der sowjetstaatliche Terror über 452 kommunistische Funktionäre der mittleren und unteren Leitungsebene, sowie mindestens sechzehn Stadtverordnete der KPD.²⁰ Auch jene, die zumeist früher als glühende Anhänger Stalins und seiner Politik galten, wurden von den NKWD-Untersuchungsorganen beschuldigt, konterrevolutionäres, trotzkistisches, bürgerlich-nationalistisches oder faschistisches Gedankengut ver-

15 Müller, Reinhard (unter Mitwirkung von Mussijenko, Natalija): „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934–1938). In: Weber/Mählert: Terror, S. 158.

16 Bericht „Stand und Ergebnis der Überführungsarbeit der deutschen Sektion“ vom 8. Oktober 1936, RGASPI, 495/292/83, Bl. 37; Müller: Akte, S. 128/129.

17 Der Mitgliederschwund resultierte allerdings nicht nur aus den Verhaftungen. Auch durch Ausreisen aus der Sowjetunion, wie z. B. durch die Abkommandierung von 161 Emigranten zum Einsatz im spanischen Bürgerkrieg, und aus anderen Gründen nahm die Zahl der KPD-Mitglieder ab. Ausarbeitung von Paul Försterling vom 31. Dezember 1940 „Über die deutsche Politemigration in der UdSSR“ (russisch), RGASPI, 495/175/134, Bl. 137. Nach Recherchen von Werner Abel wurden von Sommer 1936 bis 1938 insgesamt 229 deutsche KPD- bzw. KPdSU(B)-Mitglieder aus der UdSSR nach Spanien delegiert. Abel, Werner: Das Ende des Spanischen Bürgerkriegs, die Kommunistische Internationale, die Sowjetunion und das Schicksal der deutschen Interbrigadisten. In: Ders./Hilbert, Enrico/Wittstock, Harald: „Sie werden nicht durchkommen“. Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution, Bd. 2. Lich 2016, S. 21.

18 Barck, Simone/De Rudder, Anneke/Schmeichel-Falkenberg, Beate (Hrsg.): Jahrhundertchicksale. Frauen im sowjetischen Exil. Berlin 2003.

19 Nach Schätzungen von Hans Schafranek wurden in den Jahren 1936 bis 1939 1 730 Politemigranten und Facharbeiter verhaftet. Schafranek, Hans: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941. Frankfurt a. M. 1990, S. 23. Unter Einbeziehung von Opfergruppen aus dem nichtkommunistischen Emigrantenmilieu, wie zum Beispiel ehemalige Kriegsgefangene des I. Weltkrieges, kommt W. Hedeler im Zeitraum von 1936 bis 1945 auf 2 016 namentlich bekannte „verurteilte Deutsche“. Hedeler: Vergehen.

20 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, hrsg. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 1991, S. 366. Siehe auch: Weber, Hermann: „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. Frankfurt a. M. 1990, S. 22 ff.; Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. 2. überarbeitete und stark erweiterte Auflage. Berlin 2008, S. 10 ff.; Dies.: Deutsche Kommunisten. Supplement zum Biographischen Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2013.

breitet und sich in entsprechenden Gruppenzusammenhängen organisiert zu haben. Neben der Spionage für fremde Mächte bereiteten sie laut den konstruierten Vorwürfen der Geheimpolizei und den abstrusen Behauptungen in der Presse Attentate auf Stalin²¹ und andere führende Politiker sowie die Beseitigung der sowjetischen Gesellschaftsordnung vor. Schon seit Anfang 1936 führten NKWD-Offiziere sich ständig ausweitende Untersuchungen gegen eine real nicht existierende „konterrevolutionäre, trotzkistische Terrororganisation Hoelz-Wollenberg“ durch. Weitere prominente Mitglieder waren angeblich Zenzl Mühsam und die Schauspielerin Carola Neher.²² Ab November 1936 arretierte das NKWD in Moskau und Leningrad eine Anzahl deutscher Emigranten, die angeblich versucht hätten, „faschistische Zellen zu bilden“ und „illegal faschistische Literatur“ zu verbreiten.²³ In der Wolgastadt Engels wurden Schauspieler und andere Kunstschaffende aus Deutschland, wie Maxim und Edith Vallentin, Hans Drach und Hans David, im Sommer 1937 von rußlanddeutschen Nachwuchskünstlern als „bourgeoise Nationalisten“ und „faschistische Spione“ verleumdet und daraufhin verhaftet.²⁴ Bereits 1936 „entdeckten“ die Untersuchungsorgane in der autonomen Wolga-Republik eine „konterrevolutionäre, trotzkistisch-faschistische, terroristische Organisation“, an deren Spitze der ehemalige 2. Vorsitzende des Roten Frontkämpferbundes Willi Leow ausgemacht wurde.²⁵ 1936/37 nahm das NKWD in den Städten Stalinsk, Kemerowo und Prokopjewsk im Kusbass alle deutschen und österreichischen Fachkräfte mit sowjetischer Staatsbürgerschaft – unter ihnen viele Mitglieder der KPD – wegen angeblicher Beteiligung an einer „trotzkistisch-faschistischen Verschwörung“ in Untersuchungsgewahrsam.²⁶ In einer paranoiden, irrationalen Atmosphäre der Hexenjagd machte der sowjetische Repressivapparat auch nicht vor heranwachsenden Emigranten halt, die teilweise ihre weltanschaulichen Prägungen schon als Kinder in der Sowjetunion erhalten hatten. So unterstellte die zuständige 7. Unterabteilung der 4. Abteilung der Moskauer NKWD-Verwaltung 72 im Februar und März 1938 verhafteten jungen Deutschen und Österreichern die Mitgliedschaft in einer fiktiven Organisation „Hitlerjugend“.²⁷ Unter

21 Zu den „Attentätern“ gehörte z. B. Grimm, Hans: Laut Anklageschrift wollte er „eine selbstgebaute Handgranate in Form eines Zigarettenetuis auf die Tribüne des Mausoleums werfen.“ Vatlin, Alexander: „Er hat konterrevolutionäre Witze erzählt ...“. Warum Hans Grimm, Chefingenieur bei Mosfilm, zunächst ein Geständnis unterschrieb und dann widerrief. In: „Neues Deutschland“ vom 23./24. Oktober 2010.

22 Müller, Reinhard: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg 2001, S. 147 ff.; Ders.: Politische Inquisition und NKWD-Terror: Carola Neher und Zenzl Mühsam. In: Nir-Vered, Bettina/Müller, Reinhard/Reznikova, Olga/Scherbakowa, Irina (Hrsg.): Carola Neher. Gefeierte auf der Bühne, gestorben im Gulag. Kontexte eines Jahrhundertchicksals. Berlin 2016, S. 264–295.

23 Pike, David: Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil: 1933–1945, Frankfurt a. M. 1981, S. 428/429.

24 Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945. Bd. 1/II: Exil in der UdSSR. Bandverantwortliche: Barck, Simone/Jarmatz, Klaus, 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Aufl. in 2 Bänden. Leipzig 1989, S. 495; „hier brauchen sie uns nicht“. Maxim Vallentin und das deutschsprachige Exiltheater in der Sowjetunion 1935–1937. Briefe und Dokumente. Hrsg. von Diezel, Peter. Berlin 2000. S. 43 ff.

25 Plener, Ulla: Auskünfte einer NKWD-Akte über letzten Weg und Tod deutscher Kommunisten in der Sowjetunion (1939–1939): Willy Leow-Hofmann, Hans Rogalla, Josef Schneider, Paul Scholze, Harry Wilde. In: Utopie kreativ Heft 39/40 (Jan./Febr. 1994). S. 131–139.

26 Schafranek, Hans: Die Verfolgung von Facharbeitern und Spezialisten in Westsibirien 1936–1938. In: Schafranek, Hans (Hrsg.): Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion. Wien 1991, S. 37; Zimmermann, Fritz: „Ich liebe zu schreiben ...“ Emma Tromm (1896–1991). In: Plener, Ulla (Hrsg.): Leben mit Hoffnung in Pein. Frankfurt a. d. O. 1997, S. 206 ff.; Bericht Hildebrandt Staudinger vom 10. Januar 1938. In: Uhlig, Christa: Rückkehr aus der Sowjetunion: Politische Erfahrungen und pädagogische Wirkungen. Emigranten und ehemalige Kriegsgefangene in der SBZ und frühen DDR. Weinheim 1998, S. 112/113; Mensing, Wilhelm: Von der Ruhr in den Gulag – Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet. Essen 2001.

27 Zunächst lief der konstruierte Gruppenvorgang unter der Bezeichnung „Eiserne Kreuze“. Mus-sijenko, Natalja: Kinder im Exil. Jugendliche der Karl-Liebknecht-Schule in Moskau während der

ihnen Horst, der Sohn des Sozialdemokraten Max Seydewitz, der angeblich geplant hatte, am Eingangstor zum Kreml mit seinem Fahrtenmesser ein Attentat auf Stalin zu verüben.²⁸

Im Zusammenhang mit einem geplanten vierten großen Schauprozeß gegen ehemalige Funktionäre und Mitarbeiter der KI sowie Leitungskader verschiedener kommunistischer Parteien, die in den NKWD-Unterlagen als Mitglieder eines „Antikomintern-Blocks“ figurierten, kam es etwa zur gleichen Zeit zur Festnahme einer größeren Gruppe langjähriger KPD-Funktionäre, wie unter anderem das ehemalige Polbüro-Mitglied Fritz Schulte und der ehemalige Chefredakteur der *Roten Fahne*, Hans Knodt.²⁹ Keine dieser „aufgedeckten“ konterrevolutionären Strukturen existierte auch nur ansatzweise. Sie waren reine Phantasiekonstrukte der örtlichen NKWD-Organe, die miteinander im „sozialistischen Wettbewerb“ um die besten Verhaftungsquoten standen. Bis heute gibt es keinen belastbaren Quellenbeleg für die Existenz von durch reichsdeutsche Geheimdienste beauftragte Agenten, Saboteure und Stalin-Attentäter unter den Emigranten.³⁰

In den Untersuchungsgefängnissen der sowjetischen Geheimpolizei wurden die inhaftierten Emigranten durch Erpressung, Mißhandlungen und Zwang zu „aufrichtigen“ Aussagen und aberwitzigen Selbstbezeichnungen genötigt. Die folternden Vernehmer des NKWD setzten zur Geständnis-erpressung speziell angefertigte Instrumente und gesonderte Hafträume ein. Zu den von Stalins Büttel Erniedrigten und Gequälten gehörte zum Beispiel Kurt Liebknecht, Neffe von Karl Liebknecht und ab 1951 Präsident der DDR-Bauakademie. Er war zwei Tage lang in einem Kellerverlies eingesperrt: „Es war kühl, ich war nackt, eine Pritsche befand sich nicht im Raum. Dann brachte man einen Mann herein, der bewusstlos war, hinzu kommt, dass viele Häftlinge verprügelt worden waren. Alles das hat psychisch auf mich gewirkt. Als ich zum Verhör geholt wurde, sagte man mir sofort, ich würde verprügelt werden, wenn ich nicht zugebe, ein Spion zu sein. Da ich Angst hatte, das man mich schlagen wird, habe ich gestanden, Spionage betrieben und in Deutschland angeworben worden zu sein.“³¹

Schlimmste körperliche Torturen mußte der Mitbegründer der KPD und der Komintern Hugo Eberlein erleiden. In einem an seine Frau Charlotte Scheckenreuter gerichteten Brief, der in der NKWD-Untersuchungsakte verblieb, schrieb der Gepeinigte: „Am 19. Januar 1938 begann das Verhör, das ununterbrochen zehn Tage und Nächte dauerte. Ich mußte ohne Schlaf und fast ohne Nahrung die ganze Zeit stehen. Das Verhör bestand in

stalinschen Säuberungen. In: Opfer wofür? Deutsche Emigranten in Moskau – ihr Leben und Schicksal. Heinrich Vogeler und seine Gesinnungsgenossen im Moskauer Exil. Ergebnisse des 5. Heinrich-Vogeler-Symposiums, Herausgegeben in der Schriftenreihe der Barkenhoff-Stiftung Worpsswede von Ernstheinrich Meyer-Stiens. Worpsswede 1996, S. 70 ff.; Dehl/Mussienko: „Hitlerjugend“; Schafranek, Hans unter Mitarbeit von Mussijenko, Natalja: Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil. Wien 1998, S. 114; Dehl, Oleg: Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion. Berlin 2000, S. 279 ff.

28 Vesper, Karlen: Der Rote Falke Fridolin. Von einem, der ausflog, den Sozialismus zu erkunden: Die Odyssee des Frido Seydewitz. In: „Neues Deutschland“ vom 23. Mai 2013.

29 Müller, Reinhard: Der Fall des „Antikomintern-Blocks“ – ein vierter Moskauer Schauprozeß?. In: JfhK 1996. Berlin 1995, S. 187–214.; ders.: Der Antikomintern-Block – Prozeßstruktur und Opferperspektive. In: Utopie kreativ Heft 81/82 (1997), S. 82–95.

30 Belegt ist jedoch, daß Mitarbeiter der deutschen Botschaft und Konsulate die sie kontaktierenden Spezialisten und andere deutsche Staatsbürger befragten und Informationen über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sowie über die Stimmung unter der sowjetischen Bevölkerung sammelten. Vatlin, Alexander: In den Fängen der Bürokratie – deutsche Emigranten in der UdSSR am Vorabend des „Großen Terrors“. In: Totalitarismus und Demokratie 2011, Heft 1, S. 46 ff; Zur Spionage siehe auch die schwer überprüfbaren Angaben in: Nicolas, Waltraut: Viele Tausend Tage. Erlebnisbericht aus zwei Ländern. Stuttgart 1960.

31 Vatlin, Alexander: „Was für ein Teufelspack“. Die Deutsche Operation des NKWD in Moskau und im Moskauer Gebiet 1936 bis 1941. Berlin 2013, S. 155.

der Erhebung der sinnlosesten Anschuldigungen und wurde durch solche Faust- und Fußschläge begleitet, daß ich nur unter schrecklichsten Schmerzen stehen konnte. Die Haut platzte, in den Schuhen sammelte sich Blut [...]. Im April 1938 transportierte man mich ins Lefortowo-Gefängnis. Hier wurden alle Verhöre mit den schrecklichsten Verprügelungen begleitet, man prügelte mich wochenlang Tag und Nacht. Auf dem Rücken gab es kein Stück Haut, nur das nackte Fleisch. Auf einem Ohr konnte ich wochenlang nichts hören, und auf einem Auge konnte ich wochenlang nichts sehen, weil die Blutgefäße im Auge verletzt wurden. Oft fiel ich in Ohnmacht.“³²

Entgegen der am eigenen Körper erfahrenen Mißhandlungen bewahrten viele Opfer der Gewaltexzesse paradoxerweise den unerschütterlichen Glauben an Stalin und den Sowjetstaat. Wie aus unzähligen überlieferten Bittgesuchen, Eingaben und Petitionen aus Gefängnissen und Lagern hervorgeht, gingen auch die meisten betroffenen deutschen Kommunisten und Emigranten davon aus, dass der gütige und allwissende Parteiführer von den sadistischen Vernehmungspraktiken und Folterorgien keine Kenntnis hatte. Sie ahnten nicht, dass das ZK der KPdSU(B) „die Anwendung physischer Einwirkung in der Praxis des NKWD seit 1937“ auch offiziell zugelassen hatte.³³ Wie die Verhafteten behandelt werden sollten, vermerkte Stalin handschriftlich auf verschiedenen Opferlisten. So notierte er, „in Ketten legen“ oder „schlagen, Schlagen“.³⁴ In einem internen Schreiben von Anfang 1939 bestätigte Stalin die Folter, wenn auch mit Einschränkungen, nochmals ausdrücklich als „richtige und zweckmäßige [Verhör]Methode“.³⁵

Nur in Ausnahmefällen stellte das NKWD die Verfahren ein und entließ die Inhaftierten aus der Untersuchungshaft. Die übergroße Mehrheit der malträtierten und gedemütigten deutschen Emigranten wurde von außergerichtlichen Gremien – Zweier- und Dreierkommissionen („Dwoiki“, „Troiki“), der Sonderberatung des NKWD (OSO) – zumeist in sogenannten Albumverfahren zu drakonischen Strafen verurteilt. Ein kleiner Teil von ihnen stand vor den Schranken der Militärkollegien der Sowjetrepubliken oder des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR. Die meisten der deutschen Scheinjustizopfer kamen als Arbeitssklaven in die Straflager des „Archipel GULAG“. Etwa 100 von ihnen verurteilte das OSO in erster Instanz zur Ausweisung.³⁶ Weit über 600 wurden wegen ihrer „konterrevolutionären Verbrechen“ mit dem Erschießungstod bestraft. Allein in einem Objekt bei Butowo und im NKWD-eigenen Sowchos „Kommunarka“ in der Nähe von Moskau sowie in einem Gefängnis in Leningrad³⁷ starben

32 Zitiert nach: Müller: Menschenfalle, S. 282.

33 Über den Personenkult und seine Folgen. Rede N. S. Chruschtschows in der internen Sitzung des XX. Parteitages der KPdSU, 25. Februar 1946. In: SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956. Hrsg. Gabert, Josef und Prieß, Lutz unter Mitarbeit von Erler, Peter und Funkeisen, Jutta. Berlin (Ost) 1990, S. 34.

34 Petrow, Nikita: Stalins Plan zur Vernichtung eines Volkes. In: Berliner Debatte Initial 2012, Heft 1, S. 82.

35 Chruschtschow: Personenkult, S. 35.

36 Schafranek, Hans: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941. Frankfurt a. M. 1990, S. 48; Vatlin: Bürokratie, S. 50; Mensing, Wilhelm: Eine „Morgengabe“? Die sowjetische Auslieferung deutscher Emigranten an das NS-Regime nach Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts. In: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Baden-Baden 2011, S. 37–65. Bei einer unbekanntem Zahl von verhafteten und verurteilten Emigranten bemühte sich 1937/38 zudem die deutsche Botschaft erfolgreich um deren Freilassung und anschließende Ausweisung aus der Sowjetunion. Bonwetsch, Bernd/Belkowez, Larissa/Bekowez, Sergej (Hrsg.): Gescheiterte Hoffnungen. Das deutsche Konsulat in Sibirien 1923–1938. Essen 2004, S. 115.

37 Zur Verfolgung deutscher Emigranten in Leningrad siehe z. B.: Schindler, Anja: „... verhaftet und erschossen“. Eine Familie zwischen Stalins Terror und Hitlers Krieg. Berlin 2016, S. 125 ff, 241 ff; dies: „...dass ich ehrlich und mit ganzer Kraft für die Partei und die Sowjetunion gewirkt und gestritten habe.“ Zum Gedenken an Samuel Glesel geboren am 10. Juli 1910 in Chranow, erschossen vom NKWD am 5. November 1937 in Leningrad. In: BzG 1/2014, S. 101–139.

568 deutsche Emigranten, Facharbeiter und Spezialisten unter den Kugeln des Hinrichtungskommandos.³⁸

СССР
 ЦЕНТРАЛЬНЫЙ КОМИССАРИАТ
 УТРЕННИХ ДЕЛ
 ИРВЛЕНИЕ НКВД
 по
 ГРАДСКОЙ ОБЛАСТИ
 8-Я УГБ
 XI 1937 г.
 № 191222
 ряз. пр. Володарского, 4
 м. комит. УНКВД
 ратное содержание:

Лит. _____
 Вх. № _____ На № _____ от _____ 1937 г.
 (При ответах сослаться на эти №, число и Отдел.)

ТОЛЬКО ЛИЧНО.
 КОМАНДАНТУ УНКВД ПО
 СТАРШЕМУ ЛЕЙТЕНАНТУ ГОСБЕЗОПАСНОСТИ.
 тов. ПОЛИНАРПОВУ.

П Р Е Д Л О Ж Е Н И Е

Предлагается нижеследующих осужденных
 содержащихся в Лен. тюрьме УГБ:-

- ✓ ДИТРИХ Девиль Рейнгольдович, 1889г.р., у.р.г. Вегуль
 Германия, немец.
 Дело № 24561-37г. /
- ✓ ПОВЕШЕ Валентин Эрнестович, 1896г.р., у.р.г. Берлине
 Германия, немец.
 Дело № 26696-37г. /
- ✓ ДОВРАНИКОГО Мечислав Мича
 год. Доль / Польне / до
 1882г.р., у.р.
 Дело № 24812-37г. /

дело № 24610

ВСЕГО СТО ЧЕЛОВЕК.

Р А С С Т Р Е Л Я Т Ь.

Исполнение донесите актом.

ПРИМЕЧАНИЕ: При получении осужденных необходимо тща-
 но опросить каждого из них о целях свер-
 стываемых деяний, для этой цели испол-
 те имеющиеся в Лен. тюрьме фотокартки.

КК. 71,72,73,74,75 и 76-содержатся в По-
 тюрьме и будут доставлены в Ленинград.

КК. 38,39,40,41,42,43,44,45,46,47,48,49,
 52,53,58,59,60,61,62,63,64,65,66,67,
 70,71,78,81,85 и 94-содержатся в 1-й
 оде Л. тюрьме.

НАЧ. УНКВД СССР по
 КОМИССАР ГОСБЕЗОПАСНОСТИ Ленин
 /Ильинский/

НАЧ. Ч. ОТДЕЛА УГБ
 СТАР. ЛЕЙТЕНАНТ ГОСБЕЗОПАСНОСТИ
 /ЕГОРОВ/

Überleben im Repressionssystem

Im Umfeld des NKWD-Terrors in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre wurden die deutschen Emigranten mit weiteren politisch motivierten Repressalien und sozialer Ausgrenzung konfrontiert.

Die KI überprüfte alle in ihrem Apparat und in den ihr angeschlossenen Organisationen beschäftigten Familienangehörigen, Freunde und Bekannten von Verhafteten. Die Zugehörigkeit zu ehemaligen fraktionellen Gruppierungen, die „Vernachlässigung der revolutionären Wachsamkeit“ oder „Ungereimtheiten im Lebenslauf“ konnten nun zur Verhängung von Parteistrafen und zum Verlust des Arbeitsplatzes führen.³⁹ So erhielt der spätere Medienpolitiker der SED Georg Hansen von der IKK eine Rüge und verlor seine Anstellung bei der KI, weil er „Verbindungen mit verdächtigen Personen“ aufrechterhielt.⁴⁰ Der Bergarbeiterfunktionär Gustav Sobottka wurde nach der Verhaftung seines Sohnes aus dem Sekretariat für internationale Verbindungen im Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften entfernt.⁴¹

Staatliche Einrichtungen und Betriebe entließen deutsche Emigranten, nur weil sie Ausländer waren.⁴² Oft hatte der Verlust der Arbeitsstelle auch den Entzug des betriebseigenen Wohnraumes und des Kindergartenplatzes zur Folge. Ehemalige Mitarbeiter der Komintern bzw. ihre Familienangehörigen mußten das Hotel „Lux“ verlassen.⁴³

38 Plener, Ulla/Mussienko, Natalia (Hrsg.): Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland und deutscher Nationalität im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/38. Berlin 2006, S. 157. Siehe auch: Müller/Mussienko: Säuberungen, S. 152; Hedeler: Vergehen.

39 Zu der Bestrafung deutscher Kommunisten durch die Internationale Kontrollkommission der Komintern (IKK) vgl.: Wehner, Herbert: Zeugnis. Köln 1984, S. 225.

40 Auszug, Protokoll IKK No. 16 vom 16. Juli 1937; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), RY 1/I 2/3/82, Bl. 153.

41 Brief von Gustav Sobottka an Dimitroff, Manuilski und Pieck vom 22. Dezember 1939. In: Die Komintern und der Zweite Weltkrieg, Bd. I. Bis zum Juni 1941. Moskau 1994 (russ.), S. 212.

42 „Nachstehend eine Liste von Genossen, die ohne ihr Verschulden aus der Arbeit entlassen wurden und die sich um Hilfe an die Deutsche Sektion der Komintern gewandt haben“ vom 29. September 1937; RGASPI, 495/175/117, Bl. 27.

43 „Zur Ausquartierung der unzuverlässigen Elemente aus dem Gemeinschaftshaus der Komintern (Lux)“ beschloß die KPD-Führung, „keinerlei Einwände in einzelnen Fällen zu erheben, aber dafür

In der Terrorphase ab Juli 1937 stellten auch deutsche Schulen, Klubs, Zeitungen und Verlage, die als gesellschaftliche Kommunikationsmöglichkeit sowie für die nationale und kulturelle Identität der Emigranten von großer Bedeutung waren, ihre Tätigkeit ein. Betroffen davon waren unter anderem solche zentralen Einrichtungen wie der Klub ausländischer Arbeiter „Ernst Thälmann“⁴⁴, der Klub für Ingenieure und Techniker „Feliks Dshershinski“ und die Karl-Liebkecht-Schule in Moskau.⁴⁵

In einer Situation, in der jeder Ausländer als potentieller Spion und Terrorist galt, wurden viele Emigranten, die noch die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen und mit Touristenvisa oder durch Einladung staatlicher Einrichtungen in die Sowjetunion gelangt waren, durch administrative Anweisungen des Landes verwiesen. So erging es beispielsweise dem Professor für finnisch-ugrische Sprachen am Institut für Nordvölker in Leningrad Wolfgang Steinitz. Obwohl er längere Zeit für den Militärgeheimdienst GRU gearbeitet hatte und seit Juni 1937 auf der Fahndungsliste der Gestapo stand, erhielt er keine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung mehr und mußte mit seiner Frau Inge Ende 1937 die Newastadt in Richtung Schweden verlassen.⁴⁶ Diesem Personenkreis, unter ihnen Frauen und Männer jüdischer Herkunft und „Spezialisten“, die bereits aus der deutschen Staatsbürgerschaft entlassen worden waren und als „Staatenlose“ galten, machten die zuständigen Gremien nun auch massive Schwierigkeiten bei der angestrebten Einbürgerung ins Gastland. Wie der Architekt Benny Heumann erhielten sie von der Miliz den Bescheid, ihre Paßangelegenheiten bei der deutschen Botschaft oder den Konsulaten in Ordnung bringen zu lassen.⁴⁷

Dagegen wurden die als Politemigranten registrierten Asylanten regelrecht dazu gedrängt, in die sowjetische Staatsbürgerschaft zu wechseln, was für sie bedeutete, sich vollkommen schutzlos der Repressionswillkür im Gastland auszuliefern.⁴⁸

Besonders schwer war das Los der Familienangehörigen geheimpolizeilich repressierter Emigranten. So sollten sich beispielsweise die Ehepartner, die Parteimitglieder waren,

einzutreten, dass in besonderen Fällen eine Hilfe für die Beschaffung von Arbeit und Wohnung geleistet werden soll, und sich zu diesem Zweck an die von der Komintern eingesetzte Kommission [...] zu wenden.“ Protokoll der Sitzung deutscher Genossen vom 22.6.1937, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 133. Eine Wohnmöglichkeit für Angehörige verhafteter Lux-Bewohner stellte das EKKI in einem Gebäude im Hinterhof des ehemaligen Hotels zu Verfügung. Wehner: Zeugnis, S. 227, 229; Eberlein, Werner: Geboren am 9. November. Erinnerungen. Berlin 2000, S. 87.

44 Zu den Klubaktivitäten siehe z. B.: Heumann, Benny: Jahrgang 1907. Ein politischer Architekt. Berlin 1997, S. 114; Pike: Schriftsteller, S. 433/434.

45 Lewenstein (Johnston), Henry-Ralph: Die Karl-Liebkecht-Schule in Moskau 1932–1937. Erinnerungen eines Schülers. Lüneburg 1991; Klementjew, Sergej: Welle Moskau–Berlin. Meine Begegnungen mit Deutschen in fünf Jahrzehnten. Berlin (Ost) 1976, S. 119 ff. Im Sommer 1939 wurden auch das Moskauer Kinderheim Nr. 6 („Schutzbund-Kinderheim“) und die „Deutsche Zentral-Zeitung“ liquidiert. Schafranek: Kinder, S. 129 ff.; Dehl: Ideale, S. 291 ff. Nur die deutschsprachige Emigrantenzeitschrift „Internationale Literatur/Deutsche Blätter“ durfte wegen ihrer internationalen Ausstrahlung und bündnispolitischen Bedeutung ihre publizistische Tätigkeit fortsetzen.

46 Leo, Annette: Leben als Balance-Akt: Wolfgang Steinitz. Kommunist, Jude, Wissenschaftler. Berlin 2005, S. 109 ff. Andere deutsche Emigranten, die für die Militäraufklärung tätig waren, wie z. B. Ida und Gertrud von Bastineller, konnte die GRU bzw. das Volkskommissariat für Verteidigung vor direkten Repressalien bewahren. Mensing, Wilhelm: Zwei Damen von Dienst – Adel. Die Geschichte von Ida und Gertrud von Bastineller. In: Exil 1/2017, S. 39–72.

47 Heumann, Jahrgang, S. 125. Brief von B. Koenen vom 2. November 1937 an J. Stassowa; RGASPI, 539/4/133, Bl. 45/46. Der Besuch der deutschen Botschaft diente dann dem NKWD vielfach als Vorwand für die Verhaftungen. Bei einer Reihe deutscher emigrierter Schriftsteller, denen die Ausweisung drohte, bemühte sich die KPD-Führung und erreichte das Einlenken der sowjetischen Dienststellen. Zinner, Hedda: Selbstbefragung. Berlin(Ost) 1989, S. 72, 85, 95, 103, 110.

48 Steinberger, Nathan/Broggini, Barbara: Berlin–Moskau–Kolyma und zurück. Ein Gespräch über Stalinismus und Antisemitismus. Berlin/Amsterdam 1996, S. 23; Friedmann-Wolf: Eis, S. 211 ff.; Pike: Schriftsteller, S. 93. Zur Problematik der sowjetischen Staatsbürgerschaft siehe auch: Vatlin: Bürokratie, S. 38 ff.

von den Festgenommenen durch Scheidung lossagen.⁴⁹ Im Einzelfall bedrängten über-eifrige Komsomol- und Parteifunktionäre auch Kinder und Jugendliche, sich von ihren stigmatisierten Eltern zu distanzieren.⁵⁰ Nach der Inhaftierung der Erziehungsberechtigten oder der bevollmächtigten Aufsichtspersonen wurden die nun auf sich allein gestellten Minderjährigen vielfach in spezielle Kinderheime des NKWD eingeliefert, wo sie zu spüren bekamen, daß sie Angehörige von „Volksfeinden“ und „Schädlingen“ waren.⁵¹ Im Einzelfall wurde Jugendlichen, deren verhaftete Eltern von den deutschen Behörden ausgebürgert worden waren, die Aufnahme in die sowjetische Staatsbürgerschaft verwehrt, und sie mußten sich mit den entsprechenden diskriminierenden Konsequenzen als Staatenlose registrieren lassen.⁵²

Viele Frauen, die bisher nicht berufstätig waren oder von ihren Arbeitsstellen entlassen worden waren, standen nach der Verhaftung des Partners und der Beschlagnahme von Wertgegenständen mit ihren Kindern plötzlich mittellos da.⁵³ Die Internationale Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution (MOPR), die sowjetische Sektion der Internationalen Roten Hilfe (IRH), deren Apparat Ende 1937/Anfang 1938 radikal verkleinert worden war,⁵⁴ lehnte es zudem ab, die Notleidenden finanziell zu unterstützen.⁵⁵ Die leidvolle Situation der Betroffenen schilderte zum Beispiel die jüdische Ärztin Martha Ruben-Wolf in einem internen Brief: „Wir Frauen sind alle krank vor Kummer. Viele haben die Wohnung verloren. Soweit wir nicht arbeitslos sind, schleppen wir unsere Kinder mit niedrig qualifizierten Arbeiten durch.“⁵⁶ Die Emigrantinnen waren gezwungen, persönliche Gegenstände und eigentlich selbst benötigte Kleidungsstücke zu verkaufen, und gingen im Einzelfall auch Scheinehen ein, um zu überleben.⁵⁷

Aus Angst, mit ihnen gesehen zu werden, mieden ehemalige Bekannte und Freunde den Kontakt mit den als Frauen von „Volksfeinden“ Stigmatisierten.⁵⁸ Die öffentliche Ächtung, die tagtäglichen Entbehrungen und durchlittenen Erniedrigungen sowie nicht zu-

49 Für Else Ascher war das offenbar kein Problem. In einem Brief an die deutsche Vertretung vom 21. Mai 1937 äußerte sie: „Falls mein Mann verurteilt wird, ist es für mich selbstverständlich, dass ich mich von ihm für immer trennen werde.“ Zitiert nach: Huber, Peter: *Stalins Schatten in der Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern*. Zürich 1994, S. 396.

50 Nach Angaben von Annemarie Radünz gab es diesbezüglich bis 1938 eine „Regelung“. Sonja Friedmann-Wolf verneint dagegen die Existenz einer derartigen „offiziellen Vorschrift“ für Kinder und Jugendliche. Plener, Ulla: *Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen (1902–1946)*. Berlin 1996, S. 188; Friedmann-Wolf: *Eis*, S. 126 ff.

51 Z. B.: Wolkowa, Irina: *Traum und Albtraum*. Wie aus dem Deutschen Heinz Hadrossek der Russe Gennadi Gajew wurde. In: „*Neues Deutschland*“ vom 16./17. Mai 2015. Siehe auch: Scherbakowa, Irina: *Kindheit im Zeichen politischer Verfolgung*. In: Nir-Vered/Müller/Reznikova/Dies.: *Carola Neher*, S. 319–328; Brief von Erna Kolbe an Jelena Stassowa vom 1. April 1944. In: Uhlig: *Rückkehr*, S. 114.

52 Eberlein: *November*, S. 86.

53 Liste „Frauen von Verhafteten“, o. D., (SAPMO-BArch), RY 1/I 2/3/82, Bl. 281.

54 Dem Stellenabbau bei der MOPR fielen alle dort ursprünglich tätigen Vertreter der ausländischen Kommunistischen Parteien zum Opfer. Abel: *Ende*, S. 29/30.

55 Ende April 1938 unterstützte die MOPR nur neun deutsche Emigrantinnen, deren Männer verhaftet waren. Babitschenko: *Verhaftungen*, S. 122. Auch: Steinberger/Broggini: *Berlin*, S. 54.

56 Zitiert nach: Müller, Reinhard: *Juden – Kommunisten – Stalinopfer: Martha Ruben-Wolf und Lothar Wolf im Moskauer Exil*. *Forschungen, Erkenntnisse, Ergebnisse*. In: *Exil*, Heft 1/2006, S. 5.

57 Babitschenko: *Verhaftungen*, S. 120/120; Wehner: *Zeugnis*, S. 255; Vatlin: *Teufelspack*, S. 229 ff.

58 Die Verfemung konnte auch Emigranten treffen, die wie Marta und Fritz Globig „nur“ aus der Partei ausgeschlossen worden waren: „Selbstverständlich kam keiner von den alten Genossen, die wir in Moskau doch zu Dutzenden hatten, zu uns. Niemand grüßte uns mehr auf der Straße. Wir waren sozusagen Ausgestoßene.“ Heppener, Sieglinde: *Leben ist mehr als über ein Feld gehen*. Marta Globig (1901–1991). In: Plener, *Leben*, S. 243/244.

letzt die Ungewißheit über das Schicksal der verhafteten Angehörigen trieb Emigrantinnen in den Wahnsinn⁵⁹ und wie Ruth Halle, Gertrud Mühlberg und Martha Ruben-Wolf in den Selbstmord⁶⁰.

Parteidisziplin und Denunziation

Auf den Zusammenkünften der Parteigrundorganisationen und der Arbeitskollektive begrüßten und befürworteten die deutschen Politemigranten zunächst das Vorgehen der Repressivorgane gegen „Trotzkisten“ und andere „Volksfeinde“ auch in ihren eigenen Reihen und distanzieren sich in aller Entschiedenheit von deren aufgedeckten „Untaten“. ⁶¹ Die in der Presse beschriebenen Fälle von Diversion und Spionage sowie von anderen „Schädlingsaktivitäten“ und die entsprechenden staatlichen Gegenmaßnahmen interpretierten sie im Sinne der von Stalin 1933 entwickelten These als Erscheinungsform des sich „zuspitzenden Klassenkampfes unter den Bedingungen des siegreichen Sozialismus“. ⁶² Reumütig gaben die deutschen Genossen zu, daß sie diese angeblich entwicklungsbedingten Geschehnisse in ihrem bisherigen Denken und Tun als Kommunisten ungenügend berücksichtigt hätten. ⁶³

Auf den Parteiversammlungen sahen sich viele Emigranten dem Vorwurf der „Kontaktschuld“ und damit im Zusammenhang stehend regelrechten Verhören ausgesetzt. ⁶⁴ Trotz aller erniedrigenden Selbstkritik konnten jedoch nur die wenigsten erklären, warum sie das „wahre Gesicht“ ihrer langjährigen Freunde und Kampfgefährten nicht erkannt hatten. Für viele nahmen die bedrohlichen, sich überstürzenden Ereignisse einen unbegreiflich-irrationalen Charakter an. Um der Gefahr der eigenen Verhaftung entgegenzuwirken und um ihre Ehrlichkeit und Treue gegenüber der Partei zu beweisen, bezichtigten die so unter Druck geratenen Emigranten nun ihrerseits ihre Parteifreunde und Arbeitskollegen der verschiedensten politischen Vergehen. ⁶⁵ Die Unterwerfungs-

59 Henriette Sobottka konnte die Verhaftung ihres Sohnes nicht verarbeiten und wurde am 8. Dezember 1939 in eine psychiatrische Klinik eingeliefert. Brief von Gustav Sobottka an Dimitroff, Manuilski und Pieck vom 22. Dezember 1939. In: Die Komintern und der Zweite Weltkrieg, Teil I, S. 206; Wehner: Zeugnis, S. 252.

60 Babitschenko: Verhaftungen, S. 120; Schindler, Anja: „Mit der ‚Internationale‘ durch das Brandenburger Tor“. Martha Ruben-Wolf (1887–1939). In: Plener, Leben, S. 50; Friedmann-Wolf: Eis, S. 195 ff.

61 Auf den Meetings und Versammlungen während des ersten Schauprozesses 1936 fordern die Teilnehmer einstimmig die Todesstrafe für die Angeklagten. Fritz Zimmermann: „Ich liebe zu schreiben ...“ Emma Tromm (1896–1991). In: Plener, Leben, S. 195; Wehner: Zeugnis, S. 218; Leonhard: Revolution, S. 29.

62 Diese These verkündete Stalin nach der Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion am 7. Januar 1933 auf einer zentralen Beratung der KPdSU(B). Stalin, J. W.: Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplanes. In: Ders.: Werke, Bd. 13. Berlin (Ost) 1955, S. 189.

63 Im August 1936 schreibt Emma Tromm in ihr Tagebuch: „Für mich und für alle eine große Lehre. Schon 1934–1935 hörten wir immer und glaubten zu verstehen, was es heißt: Klassenwachsamkeit, neue Formen des Klassenkampfes! Wie wenig wissen wir deutsche Genossen davon. Mitten unter uns in nächster Nähe und Umgebung sitzen Feinde, und wir sehen nichts, glauben fast nicht an diese Möglichkeit, bis vor uns dieser Prozeß abläuft.“ Anderthalb Jahre später, im Januar 1938, als gewisse Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verhaftungen aufkamen, rechtfertigte Emma Tromm dieselben folgendermaßen: „Letzen Endes steht die Sicherheit unserer sozialistischen Heimat an erster Stelle. Ob der eine oder andere bei dieser wichtigen Arbeit ‚verunglückt‘, wer kann dafür?“. Zimmermann: Tromm, S. 195 ff., 212.

64 Über die Befragung von Julius Gebhard und des Ehepaares Erna und Karl Petermann in einer Versammlung der KPdSU(B)-Mitglieder des Komintern-Apparates siehe z. B.: Wehner: Zeugnis, S. 223/224, 229. Tischler: Flucht, S. 112.

65 In welchen Gewissenskonflikt die Emigranten sich befanden, läßt sich aus den nachträglichen Aufzeichnungen des kurzzeitig verhafteten Schauspielers und Regisseurs Gustav Wangenheim erahnen, der Kollegen und Mitbewohner schwer belastete: „Ich lernte, mir trotz alledem das Vertrauen zu guten Genossen zu bewahren. Andererseits mußte ich wie viele andere die Möglichkeit fürchten, bei

zwänge führten partiell zur Verleugnung allgemeingültiger moralischer Wertvorstellungen und zur Auflösung enger zwischenmenschlicher Bindungen. So kam es vor, daß Ehepartner, Lebensgefährten und nächste Verwandte angezeigt wurden.⁶⁶ Aus privaten und beruflichen Konflikten sowie aus früheren politischen Disputen konnte in den Jahren 1936 bis 1938 plötzlich Konstellationen erwachsen, die eine lebensgefährliche Dimension annahmen. Ein typisches Beispiel für die Rituale parteiinterner Inquisitionsforen stellen jene vier nächtlichen Zusammenkünfte der deutschen Parteigruppe des sowjetischen Schriftstellerverbandes vom 4. bis 9. September 1936 dar.⁶⁷ Trotz des Eingeständnisses vermeintlicher politischer Fehler, der Ergebnisbekundungen zur Parteilinie und des Verweises auf die „dunklen Flecken“ in der Biographie von Kollegen garieten sieben der Beteiligten in die Mühlen der Sicherheitsorgane.⁶⁸

Der deformierende Druck der alltäglichen Repression und die feste Überzeugung, als Kommunist der Pflicht zum Schutz des „Vaterlandes aller Werktätigen“ nachkommen zu müssen, veranlaßte deutsche Emigranten, auch aus eigenem Antrieb aktiv an der Hexenjagd auf vermeintliche Feinde des Sowjetstaates teilzunehmen.⁶⁹ So wurde Alfred Kurella nachgesagt, er habe „aus Routine denunziert“.⁷⁰ Andere Emigranten wollten mit ihren Anzeigen eventuellen Verdächtigungen wegen „mangelnder Klassenwachsamkeit“ zuvorkommen.⁷¹ Teilweise nahmen sie dafür jede unvorsichtige Bemerkung und jedes in beide Richtungen auslegbare Wort zum Anlaß.⁷²

Kurt Schwotzer, nach 1945 Mitarbeiter des zentralen Parteiapparats der SED, wurde am 23. Oktober 1936, nachdem der Referent ausfiel, ein unvorbereiteter Redebeitrag im Klub für ausländische Arbeiter fast zum Verhängnis. Um die Stärkung der Klassenwachsamkeit zu begründen, erwähnte er, daß es in Norwegen sogar Arbeiter gäbe, die unter der Losung „Es lebe Trotzky“ demonstrieren.⁷³ In einem Schreiben an die KPdSU(B)-Gruppe des EKKI-Sekretariats von Palmiro Togliatti beschuldigte der Nor-

einer Sicherheitsmaßnahme im Zusammenhang mit meinen verschiedenen, nicht immer bis ins letzte prüfbar Bekanntschaften, ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Ich sah die einzige Möglichkeit, Vertrauen zu erwerben [...] nur in der restlosen Bereitschaft, der Partei jederzeit über alles die volle Wahrheit zu sagen.“ Barck/Jarmatz: Exil, S. 840.

66 So wird z. B. vom Schriftsteller Franz Leschnitzer berichtet, daß er seine Frau Hildegard denunziert hätte. Zinner: Selbstbefragung, S. 104.

67 Lukacs, Georg/Becher, Johannes R./Wolf, Friedrich u. a. Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, hrsg. Von Müller, Reinhard. Hamburg 1991.

68 Insgesamt nahmen 22 Personen an den Parteiversammlungen teil. Julia Annenkowa, Sandor Barta, Hans Günther, Heinrich Meyer, Ernst Ottwalt wurden hingerichtet oder kamen in einem Lager ums Leben. Hugo Huppert und Georg Lukacs waren nur kurzzeitig in Haft. Emma Tromm wurde auf Grund der in der Parteiversammlung geäußerten Anschuldigungen – „grobe[r] Verletzung der Klassenwachsamkeit“ – von ihrer Arbeit als Sekretärin der deutschen Kommission entlassen. Zimmermann: Tromm, S. 195; Pike: Schriftsteller, S. 205 ff; Hartmann, Anne: In Zeiten des Terrors. Deutsche Schriftsteller und Künstler im sowjetischen Exil. In: Nir-Vered/Müller/Reznikova/Scherbakowa: Carola Neher, S. 146–180.

69 In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, daß die sowjetische Gesetzgebung die Unterlassung einer Anzeige unter Strafe stellte. Müller/Mussijenko: Säuberungen, S. 147.

70 Pike: Schriftsteller, S. 465. „Unter den deutschen Emigranten gingen Gerüchte um, daß Alfred Kurella seinen Bruder Heinrich denunziert habe, der daraufhin abgeholt worden sei“. Zinner: Selbstbefragung, S. 104. Zumindest durch die KI-Kaderakten der Brüder läßt sich dieser Verdacht nicht erhärten. Schaad, Martin: Die fabelhaften Bekenntnisse des Genossen Alfred Kurella. Eine biografische Spurensuche. Hamburg 2014, S. 70.

71 Z. B.: Schreiben von Heinrich Wiatrek über die Fraktionsarbeit von Fritz Schulte vom 28. August 1936; Schreiben von Rudolf Gerber [das ist Rudolf Schlesinger – P.E.] an die deutsche Vertretung vom 23. September 1936; Schreiben von Erich Kunik an die Kaderabteilung des EKKI vom 3. September 1936; RGASPI, 495/175/104, Bl. 20–22, 25/26, 57/58.

72 Barck/Jarmatz: Exil, S. 840.

73 Erklärung des Genossen Samsing o. D.; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 99.

weger Arthur Samsing Schwotzer daraufhin der Lüge bzw. die falschen Argumente benutzt zu haben.⁷⁴ Eine Befragung Schwotzers in einer Parteiversammlung am 27. Oktober 1936 führte zu keinem abschließenden Resultat, und es wurde eine spezielle Untersuchungskommission eingesetzt.⁷⁵

Die an sie gerichteten Denunziationsberichte leiteten die Komintern-Instanzen (Kaderabteilung, IKK, „Moskwin“-Kommission und andere) an das NKWD weiter.⁷⁶ Einige ausländische Kommunisten, wie zum Beispiel der Österreicher Hugo Huppert⁷⁷, boten der Geheimpolizei ihre Dienste direkt und ohne Umwege an.⁷⁸ Eine unbekannte Zahl von ihnen verpflichtete das NKWD auf freiwilliger Basis zur Mitarbeit. Andere zwang die Geheimpolizei durch Erpressung zur Zusammenarbeit.⁷⁹ Ein agent provocateur des NKWD war offensichtlich der Regisseur Hans Rodenberg. Nach Darstellung von Susanne Leonhard war er schuld an ihrer Verhaftung am 26. Oktober 1936 und an der vieler seiner Freunde.⁸⁰ Das polnische KPD-Mitglied Wanda Bronska-Pampuch wirkte von Ende Oktober 1936 bis Anfang Mai 1937 als „Sekretnyj sotrudnik“ (Geheimer Mitarbeiter) des NKWD.⁸¹ Bereits seit etwa 1935 wurde der Arzt Lothar Wolf von der Geheimpolizei zur Mitarbeit herangezogen.⁸² Auch die Emigrantin Karla Flach half beim Aufspüren „antisowjetischer Elemente“. Von 1938 bis 1942 war sie bei der Verwaltung des Innern des Moskauer Gebietes registriert.⁸³ Wolfgang Steinitz und Ehefrau Inge sollten im Auftrag des NKWD auf Empfängen des deutschen Generalkonsuls in Leninograd deutsche Spezialisten und Ingenieure bespitzeln.⁸⁴ Ebenfalls wurde Nora Auerbach von den Staatssicherheitsorganen genötigt, „bestimmte Personen“ zu observieren.⁸⁵ Der ungarische Kommunist und spätere „Held des Aufstandes von 1956“ Imre Nagy stand

74 Ebd.

75 „Sitzung der Parteizelle des Sekretariats Ercoli“ am 27.10.1936; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 100/101. Bereits seit dem 1. Oktober wurde die Tätigkeit von Schwotzer als Sekretär des Büros der deutschen Vertretung von der KPD-Führung einer kritischen Untersuchung unterzogen. Tischler, Flucht, S. 104. Im Dezember 1936 wurde Schwotzer von seiner Funktion entbunden. Nach einer Spezialausbildung reiste er Ende März 1937 zur Teilnahme am Bürgerkrieg nach Spanien. Erinnerungsbericht Kurt Schwotzer; SAPMO-BArch, DY 30/EA 0058, Bl. 5. Samsing kehrte November 1936 in sein Heimatland zurück. https://no.wikipedia.org/wiki/Arthur_Samsing.

76 So lieferte die Kaderabteilung z. B. die Berichte von Gustav von Wangenheim über die Mitglieder der „Kolonne Links“ an das NKWD weiter. Müller, Reinhard: Zenzl Mühsam und die stalinistische Inquisition. In: Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft, 1996, H. 11, S. 43.

77 Hay, Julius: Geboren 1900. Erinnerungen. Hamburg 1971, S. 228; Müller/Mussijenko: Säuberungen, S. 130.

78 Der deutsche Emigrant Herbert Berndt schrieb in einer Eingabe: „Ich habe lange vor meiner Verhaftung dem NKWD gewisse Dienste geleistet und bin auch weiterhin dazu bereit.“ Müller: Mühsam, S. 68.

79 Stark übertrieben scheint dagegen die Annahme des amerikanischen Literaturwissenschaftlers David Pike, daß das NKWD ohne Ausnahme alle Frauen verhafteter Deutscher und Österreicher, für Informationsdienste zu erpressen versuchte. Pike: Schriftsteller, S. 465.

80 Leonhard, Susanne: Gestohlenes Leben. Als Sozialistin in Stalins Gulag. Frankfurt a. M. 1988, S. 45, 56, 80, 140. Zu den Vorwürfen gegen Rodenberg siehe auch: Nicolas: Tage, S. 207 ff.

81 Plener, Ulla: Eine brach mit der zähen Hoffnung. Wanda Bronska (1911–1972). In: dies.: Leben, S. 94–96.

82 Müller, Reinhard: „Menschenopfer unerhört“ – Eingaben und Briefe deutscher Emigrantinnen an Stalin, Molotow und andere. In: Barck/Rudder/Schmeichel-Falkenberg: Jahrhundertschicksale, S. 32.

83 Schütz, Ursula: „... Mein schweres, freudloses Leben“. Karla Flach (1914–1919). In: Plener: Leben, S. 151 ff.

84 Leo: Leben, S. 114.

85 Pike: Schriftsteller, S. 466.

von 1933 bis Juni 1941 im Dienst des NKWD. In diesem Zeitraum zeigte er zwischen 30 und 35 ungarische und etwa 70 deutsche Emigranten an.⁸⁶

Das Denunziantentum garantierte jedoch nicht den Schutz vor Verhaftungen. Ein Großteil der Informanten und Geheimen Mitarbeiter geriet selbst in die Fänge des NKWD. Die Atmosphäre des Mißtrauens und der Bezeichnungen, in der jeder auch im privaten Kreis unbedacht ausgesprochene Satz und jedes gesellige Beisammensein⁸⁷ Grund einer Verhaftung sein konnte, führte letztendlich dazu, daß viele Emigranten vorbeugend ihre Beziehungen zu Freunden und Bekannten abbrachen und sich von dem gefährdeten Emigrantenmilieu abkapselten.⁸⁸

Um der lebensgefährdenden Situation in der Sowjetunion zu entgehen, baten viele Politemigranten, Männer wie Frauen, die KPD-Führung, sie nach Spanien zu den Internationalen Brigaden oder in ein anderes Emigrationsland zu schicken, um dort ihre Treue zur Partei zu beweisen.⁸⁹ In der Tat entzog die Kommandierung einige KPD-Mitglieder vor dem bevorstehenden Zugriff des NKWD.⁹⁰

Die Moskauer KPD-Führung im Sog der „Großen Tschistka“

Die Einbeziehung und Vorführung ehemaliger KPD-Funktionäre im Moskauer „Prozeß der Sechzehn“ im August 1936 und deren unterstellte Beteiligung an einer großen „trozkistisch-faschistischen Verschwörung“ traf die deutsche Parteiführung völlig überraschend und führte zu großen Verunsicherungen. Unter den Verurteilten und anderen im Vorfeld des Tribunals bereits verhafteten Politemigranten befanden sich Personen, die mit Wilhelm Pieck und Co. längere Zeit in enger Beziehung gestanden hatten oder von der KPD-Führung für eine Verwendung im Ausland vorgesehen waren.⁹¹ Noch Anfang 1936 hatte das Polbüro einen der Verhafteten, den 1934 „wegen internationaler Verbindung mit Versöhnern“ verstoßenen ehemaligen Chefredakteur der *Roten Fahne* Heinrich Süßkind, wieder in die KPD aufgenommen.⁹²

86 Nagy bot bereits 1930 dem NKWD seine Mitarbeit an, wurde aber erst 1933 angenommen. Angekraztes Heldenbild. Imre Nagy – ein Agent?. In: „Neues Deutschland“ vom 6./7. März 1993. Dokumentiert ist weiterhin die direkte Zusammenarbeit mit dem NKWD bei Hans Schiff und Helmut Damerius. Müller/Mussijenko: Säuberungen, S. 136, 151. In einem anonymen Erinnerungsbericht werden auch Helene Rau, Elfriede Heumann und Gerhard Kosel als Spitzel des NKWD bezeichnet. Das bittere Schicksal deutscher Emigranten in der UdSSR. Wie die NKWD gegen Mitglieder der KPD vorging. In: „Die Neue Zeitung“ vom 28. August 1948.

87 Gesellige Runden und kleine Feiern wurden im nach hinein als konspirative Zusammenkünfte von Verschwörern oder Treffen von Fraktionisten interpretiert und nun als negative, tunlichst zu meidende Zusammenkünfte angesehen. Müller: Säuberung, S. 380 ff.; Zimmermann: Tromm, S. 198; Private Treffen konnten aber auch schon vor 1936 fatale Folgen haben. So führte beispielsweise ein geselliger Abend im November 1934, an dem deutscherseits u. a. die Parteiarbeiter Alfred Kurella, Fritz Heilmann sowie Marta und Fritz Globig teilnahmen, Anfang 1935 zur Entlassung von der Arbeit in der Komintern und zu Parteiausschlüssen. Schaad: Bekenntnisse, S. 38 ff; Heppener: Globig, S. 241 ff. Zu dem nachträglichen Effekt einer Feier anlässlich des Geburtstages von Hugo Eberlein siehe: Wehner: Zeugnis, S. 244.

88 Wehner: Zeugnis, S. 218. Siehe auch: Brief von Martha Arendsee an Philip Dengel vom 29. März 1938. In: Uhlig: Rückkehr, S. 114.

89 Z. B.: Gustav von Wangenheim, Inge von Wangenheim, Otto Winzer, Erna Winzer, Gustav Sobottka, Helene Berg, Wanda Bronska-Pampuch. Liste „Genossen die die Ausreise aus der Sowjetunion beantragt haben.“ o. D. (Mitte 1937), SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 260.

90 Nach Angaben der Frau von Alfred Fendrich wollten Mitarbeiter des NKWD ihren Mann festnehmen, als dieser bereits auf der Reise nach Spanien war. Babitschenko: Verhaftungen, S. 122. Auch: Tischler: Flucht, S. 117. Abel, Werner/Hilbert, Enrico: „Sie werden nicht durchkommen“. Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution, Bd. 1. Lich 2015.

91 Brief von W. Pieck an W. Florin vom 23. August 1936. In: In den Fängen, S. 280.

92 Beschlüsse des Polbüros des ZK der KPD auf der Sitzung vom 3.9.1936, SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/82, Bl. 88.

In einer besonders heiklen Situation befand sich Wilhelm Pieck durch die Verhaftung seines Mitarbeiters und Vertrauten Fritz David.⁹³ Dieser „gestand“ während des Prozesses, in Trotzki's Auftrag versucht zu haben, Stalin auf dem VII. Kominternkongreß zu erschießen, was nur deshalb nicht gelang, weil er nicht an das abgesperrte Präsidium habe herankommen können.⁹⁴ Unter welchem Erklärungszwang Pieck plötzlich stand, belegt sein vom 23. August 1936 datierter Brief an Wilhelm Florin, der zu diesem Zeitpunkt zur Kur in Shelesnowodsk im Kaukasusvorland weilte.⁹⁵ Sich zunächst rechtfertigend – „Ich habe wirklich Vertrauen zu diesem Kerl gehabt, der es in sehr geschickter Weise verstanden hat, nicht nur mich über seine verbrecherischen Pläne zu täuschen“ – übernahm er in gewohnt selbstkritischer Art und Weise die volle Verantwortung dafür, daß er diesem ermöglicht habe, „seine Verbrechen zu begehen“.⁹⁶ Bei aller Ungeheuerlichkeit der Anklagepunkte gab es für die KPD-Führung zunächst offensichtlichen keinen Grund, um an dem Wahrheitsgehalt der Beschuldigungen zu zweifeln. Daß ein Frontenwechsel und die Zusammenarbeit mit dem NS-Regime auch bei ehemals führenden Kommunisten kein Tabuthema waren, demonstrierte unter anderem das Verhalten der Ex-Reichstagsmitglieder Maria Reese und Ernst Torgler nach 1933.

Wilhelm Pieck vermerkte vermutlich auch angesichts dieser prominenten Verratsfälle in seinem Brief an Florin, daß es noch weitere gegnerische Kräfte unter den deutschen Kommunisten in der Sowjetunion gäbe. Von ihrer baldigen Verhaftung erwartete er, daß die „Eiterbeule gründlich geleert und ausgebrannt [werden würde], die sich in der hiesigen Emigration gebildet hat.“⁹⁷ Aus der Situation, in der sich die Moskauer KPD-Führung nach dem ersten großen Schauprozeß befand, versuchten Mitglieder der 1935 im internen Gruppenkampf unterlegenen „Thälmann-Fraktion“ politisches Kapital zu schlagen. Laut Pieck glaubten Fritz Schulte, Werner Hirsch und Friedrich Fränken, daß „die Aussichten günstig [... seien], um durch eine Hetze gegen die Parteiführung, vor allem gegen mich, ihre Fehler in Vergessenheit zu bringen.“⁹⁸ So schickte der ehemalige Sekretär von Thälmann, Werner Hirsch, einen vierzehn Seiten umfassenden denunziatorischen Brief an das Sekretariat des EKKI und an das „Sekretariat des Genossen Stalin“. Darin unterstellte er, die Kader- und Personalpolitik der KPD hätte seit der Verhaftung Thälmanns – also unter W. Pieck – „einen Charakter angenommen, der nicht vereinbar mit den Grundsätzen einer bolschewistischen Partei“ sei.⁹⁹ Mit längeren Schreiben an den EKKI-Sekretär Dmitri Manuilski griffen auch die führenden Vertreter der

93 David hatte W. Pieck bei der Ausarbeitung seiner Referate für den VII. Weltkongreß der KI und für die Brüsseler Konferenz der KPD geholfen. David und Süßkind waren außerdem bis zu ihrer Verhaftung Mitglieder eines 1936 aus 59 Personen gebildeten internen Arbeitskreises bei der Moskauer KPD-Führung. Weitere Arbeitskreismitglieder waren u. a. Heinz Neumann und Hermann Remmele. Brief von W. Pieck an W. Florin vom 23. August 1936. In: In den Fängen, S. 282; Brief von Werner Hirsch „Über die Kader- und Personalpolitik der KPD. Material zum Fall David-Emel-Stauer“ vom 25. August 1936, RGASPI, 495/175/104, Bl. 17, 24.; Vatlin: Kaderpolitik, S. 75.

94 Wessel, Harald: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin. Die Jahre 1933 bis 1940. Berlin 1991, S. 104.

95 Da Pieck seinen geplanten Urlaub nicht antrat, wurde der Brief, der Angaben über die Verhaftungen und Informationen über die in diesem Zusammenhang ergriffenen Maßnahmen der Moskauer KPD-Führung enthielt, nicht abgeschickt. Brief von W. Pieck an W. Florin vom 23. August 1936. In: In den Fängen, S. 275–283.

96 Ebd., S. 277/78.

97 Ebd., S. 280.

98 Ebd.

99 Brief von Werner Hirsch „Über die Kader- und Personalpolitik der KPD. Material zum Fall David-Emel-Stauer“ vom 25. August 1936; RGASPI, 495/175/104, Bl. 4/5; Müller: Menschenfalle, S. 365 ff. Die KPD-Führung lehnte es ab, das Material von Hirsch zur Kenntnis zu nehmen. Nach ihrer Auffassung war aus dem Inhalt der Erklärung „nicht der ehrliche Wille ersichtlich [...], der Partei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu helfen.“ Schreiben von W. Pieck an W. Hirsch vom 8. Oktober 1936, RGASPI, 495/175/104, Bl. 36.

„Linksabweichler“ in der KPD um Hermann Remmele und Heinz Neumann die aktuelle KPD-Führung an.¹⁰⁰

Um Gewißheit über die KPD-Mitglieder in der Sowjetunion zu bekommen und um den Attacken der geschafften Parteifunktionäre¹⁰¹ begegnen zu können, beabsichtigte Wilhelm Pieck eine „ernste Durchleuchtung unserer gesamten Emigration“ durchzuführen. Bei nur geringstem Zweifel über die Vergangenheit sollte, auch wenn dem Betroffenen dadurch Schwierigkeiten entstehen würden, rücksichtslos die Parteimitgliedschaft entzogen werden. Gleichfalls befürwortete er für die Rückkehr von zwei Dritteln aller Emigranten, „von denen die Nazis kein Material über ihre Tätigkeit haben, die nicht an irgendwelchen Zusammenstößen der Nazis teilgenommen oder gegen die Mordbeschuldigungen erhoben werden“, nach Deutschland ein. Dabei nahm Wilhelm Pieck bewußt auch die kurzfristige Verhaftung einzelner Reemigranten in Kauf.¹⁰² In einer Resolution, die am 17. September 1936 in der Baseler *Rundschau* veröffentlicht wurde, trat die KPD-Führung im Stile des sowjetischen Staatsanwalts Andrej Wyschinski für die „schonungslose Ausrottung des menschlichen Abschaums der trotzkistisch-sinowjewistischen Mörderbande“ ein und mahnte eine „strengste Überprüfung unserer Reihen“ an. Bei dem Kampf gegen die „Agenten Trotzki“ in Deutschland und in der eigenen Partei forderte sie von den Parteimitgliedern „eiserne Geschlossenheit und Festigkeit, strengste Disziplin und unerschütterliche Treue zur Partei.“¹⁰³

Die führenden Funktionäre der KPD rechtfertigten nicht nur in ihren öffentlichen Stellungnahmen den Terror gegen die eigenen Mitglieder, sondern leisteten dem NKWD durch die Übergabe von Kadermaterialien, die Erarbeitung einzelner Dossiers sowie durch die Weiterleitung und Abfassung denunziatorischer Erklärungen und Beichten aktive Schützenhilfe bei der Verfolgung der Emigranten in der UdSSR. Die in den einzelnen Charakteristiken enthaltenen Angaben über die Zugehörigkeit zu oppositionellen Strömungen und Fraktionen innerhalb der KPD, diverse politische Schwankungen, frühere Parteiausschlüsse, das Verhalten während der Illegalität und bei Verhören durch die Gestapo, die Emigration ohne Parteierlaubnis und über die Beziehungen zu bereits „entlarvten Spionen und Terroristen“ wirkten vorverurteilend und lieferten in vielen

100 Brief von W. Pieck an W. Florin vom 23. August 1936. In: In den Fängen, S. 281. Der Schweizer Historiker Peter Huber nimmt eine völlig unzutreffende Bewertung der Denunziationsschreiben vor. Er bezeichnet sie als „Bittschriften“ und „verzweifelte Briefe“. Huber: Schatten, S. 44.

101 Pieck bezeichnete diese Personengruppe als „unsere etwas kaltgestellten Freunde“. Brief von W. Pieck an W. Florin vom 23. August 1936. In: In den Fängen, S. 281.

102 Ebd., S. 267. Endgültige Verzeichnisse für eine Rückführung nach Deutschland, für den Einsatz zur illegalen Arbeit oder in Spanien und für den Verbleib in der UdSSR wurden von der deutschen Vertretung wahrscheinlich erst 1937 zusammengestellt: Aufstellung „Vorschläge für aktive Verwendung“, o. D. (vor Mai/Juni 1937), mit 357 Eintragungen, „Liste A“ o. D. (vor Juni 1937), mit 243 Eintragungen, „Liste =B= nach draussen:“, o. D. (nach August und vor Oktober 1937), mit 820 Eintragungen, Aufstellung „Besondere Entscheidung notwendig: (Parteiarbeiter, Frauen von Kommandierten, Pensionäre, ältere Genossen)“, o. D. (ca. Mitte 1937), mit 253 Eintragungen, Aufstellung „Kommandierte oder mit Parteierlaubnis Ausgereiste.“, o. D. (August/September 1937), mit 207 Eintragungen. RGASPI, 495/175/117, Bl. 33–93. Ähnliche Listen erarbeitete auch die österreichische Sektion, nachdem die KPÖ-Leitung 1936 eine Auflösung der Schutzbundemigration beschlossen hatte. Nach Einschätzung von McLoughlin zogen sich durch die Vorbereitungen für den Spanieneinsatz die entsprechenden Kaderrevisionen bis 1937 hin. Die Kommandierungsliste „A“ enthielt die Namen der „besten Elemente“, die nach Spanien gehen sollten, und die Aufstellung „B“ die Namen derer, die für die illegale Arbeit in Österreich vorgesehen waren. Gleichfalls zog man wie die Deutschen eine legale Rückkehr in Erwägung. McLoughlin, Barry: Die Schutzbund-Emigration. In: ders./Schafranek, Hans/Szevera, Hans: Aufbruch. Hoffnung. Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945. Wien 1996, S. 280/281. Zur Interpretation der obigen Listen siehe auch: Abel: Ende, S. 21.

103 Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zu den konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistischen Verbrechen. In: In den Fängen, S. 295.

Fällen erst den Anlaß für die Verhaftung. Nach Einschätzung des langjährigen Kaderreferenten im Apparat des EKKI Georg Brückmann erhielt „das NKWD von keiner anderen Sektion so viel Materialien [...] wie von der deutschen.“¹⁰⁴

Etwa ab Mai/Juni 1936 stellte das Büro der deutschen Vertretung Listen über verhaftete KPD-Mitglieder unter den Emigranten auf. Teilweise erhielt sie die entsprechenden Informationen von der Kaderabteilung des EKKI. Eine „Liste der verhafteten Deutschen“ vom 17. Juni 1936 enthält 28 Namen.¹⁰⁵ Knapp zwei Monate später und vier Tage vor Beginn des ersten Schauprozesses vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR fixierte die deutsche Vertretung bereits 56 Inhaftierte.¹⁰⁶ Bis dahin war es offenbar nicht üblich, daß die Verhafteten automatisch aus der Partei ausgeschlossen wurden.¹⁰⁷ Nach der Urteilsverkündung im Tribunal gegen Leo Trotzki, Grigori Sinowjew, Lew Kamenjew und andere Verschwörer hatte sich die Situation jedoch völlig verändert. Nun bedeutete bereits jede Verhaftung eine Schuldzuweisung und hatte die höchste Parteistrafe zur unmittelbaren Konsequenz. Am 3. September 1936 stieß die KPD-Führung die ersten 46 verhafteten und teilweise bereits verurteilten Mitglieder aus der Partei aus.¹⁰⁸ Mit der Aufforderung „Es ist notwendig, über die Zugehörigkeit zur KPD untenstehender zu entscheiden“¹⁰⁹ erhielt die KPD-Spitze in der Folgezeit weitere Aufstellungen mit Angaben über verhaftete Genossen von der Kaderabteilung der Komintern zugeleitet.¹¹⁰

Bereits von der IKK exekutierte Ausschlüsse oder andere Parteistrafen sollten die deutsche Parteiführung bestätigen und die Verhaftung von Emigranten, die mittlerweile Mitglieder der KPdSU(B) geworden waren, nur zur Kenntnis nehmen. Über den Parteiausschluß entschieden die jeweils in Moskau weilenden ZK-Mitglieder Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Herbert Wehner, Walter Hähnel, Heinrich Wiatrek und Wilhelm Pieck sowie Philipp Dengel, Vertreter der deutschen Sektion beim EKKI, und Hermann Nuding, „Abwehrleiter“ der KPD und Mitglied der Parteikontrollkommission. Bis zu ihrem eigenen Ausschluß bzw. ihrer eigenen Verhaftung nahmen außerdem die Mitarbeiter der Kaderabteilung der Komintern Georg Brückmann und Grete Wilde an den entsprechenden Zusammenkünften teil.¹¹¹ In nicht wenigen Fällen kam es erst zum Parteiausschluß

104 Zit. nach: Müller/Mussijenko: Säuberungen, S. 139.

105 „Liste der Verhafteten Deutschen. (soweit bekannt)“, RGASPI, 495/175/100, Bl. 35.

106 „Liste der Verhafteten Deutschen. (soweit bekannt)“ vom 15. August 1936; ebd., Bl. 13–16.

107 Brief von Grete Wilde vom 27. September 1936 an Wilhelm Pieck; ebd., 495/175/104, Bl. 69. Auch: Tischler: Flucht, S. 101.

108 Beschlüsse des Polbüros des ZK der KPD auf der Sitzung vom 3. September 1936; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 84–89. Die Namen einiger Ausgeschlossener veröffentlichte die KPD-Führung in der in Prag erscheinenden „Deutschen Volks-Zeitung“ vom 11. Oktober 1936. Danach kam es nicht mehr zu Publikationen von Namenslisten. „Auf Grund telegrafischen Ersuchens des Sekretariats der KPD“ wurde 1937 noch die Ausschlüsse von Heinz Neumann, Hermann Remmele und Hermann Schubert in der Parteipresse erwähnt. Protokoll der Sitzung deutscher Genossen vom 22. Juni 1937, ebd., Bl. 133. Im internen Schriftverkehr mit den Parteigremien in Prag bzw. Paris bezeichneten die Moskauer KPD-Führungskader die Ausschlüsse als „Säuberung unseres Lagerbestandes“. Müller, Denunziation, S. 51.

109 Liste vom 1. August 1937; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 156. Auch: In den Fängen, S. 377.

110 Die Komintern empfahl der KPD-Führung die Verhängung von Parteistrafen auch gegenüber KPD-Mitgliedern, die sich nicht in Haft befanden, aber als „unsichere Elemente“ angesehen wurden. Z. B.: Schreiben von Grete Wilde über Otto Busch vom 8. Juli 1937, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 152. Busch wurde am 2. August 1937 aus der KPD ausgeschlossen. Protokoll der Sitzung deutscher Genossen am 2. August 1937, Ebd., Bl. 154. Ab 1937 erarbeitete eine wahrscheinlich vom Büro der deutschen Vertretung beauftragte Gruppe, bestehend aus Walter Dittbender, Paul Schwenk und Bernard Koenen, Vorschläge für Parteiausschlüsse. Ebd., Bl. 210 ff.

111 Einige Ausschlußlisten enthalten auch Bearbeitungsvermerke des damaligen Sekretärs von Wilhelm Pieck, Paul Wandel.

und dann zum Zugriff durch das NKWD.¹¹² Die Verbannung aus der KPD erfolgte serienmäßig, ohne Einzelfallprüfung¹¹³, und schließlich 1938 in einem als „fliegende Abstimmung“ bezeichneten Durchlaufverfahren.¹¹⁴ Die letzte Exkommunikationsliste stammt vom 21. Juni 1938. Sie allein enthält die Namen von 158 verhafteten Politemigranten.¹¹⁵ Nach unvollständigen Aufstellungen wurden von September 1936 bis Juni 1938 mindestens 893 KPD-Mitglieder „aufgrund von Verhaftungen“ aus der Partei ausgeschlossen.¹¹⁶

Neben den Ausschlüssen verhängte die KPD-Spitze zudem gegen diejenigen Mitglieder, die zu den Verhafteten in konkreter Beziehung standen und diese nicht als „Schädlinge“ entlarvt hatten, mit strengen Parteistrafen. Edith Volkmann kam am 22. Juni 1938 mit einem Verweis „wegen ungenügender Wachsamkeit gegenüber dem von den Organen des NKWD verhafteten Monotow“ noch glimpflich davon.¹¹⁷ Für die im September 1936 verhafteten Johanna Wilke und Stefan Franz entzog die Parteiführung am 1. Oktober 1936 nachträglich die Empfehlung für die Überführung in die KPdSU(B) von 1932 bzw. 1931.¹¹⁸ In der Angelegenheit von Ruth Stolz, Inge Naujoks, Elli Busch und Heinrich Kurella schlug das KPD-Gremium am 20. Mai 1937 vor, die Betroffenen „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ aus ihren Arbeitsverhältnissen im Apparat des EKKI zu entlassen.¹¹⁹ Bei einer Reihe von Frauen, deren Männer verhaftet waren, beschloß man, die Mitgliedschaft zunächst ruhen zu lassen.

Hinsichtlich des Verhaltens der Moskauer KPD-Führer gegenüber den deutschen Politemigranten sollte in Betracht gezogen werden, daß die Furcht vor der eigenen Festnahme ständig präsent war und als ein nicht zu unterschätzendes Handlungsmotiv wirkte. Zwar war das Verhaftungsrisiko bei ihnen bedeutend geringer als bei den einfachen KPD-Mitgliedern, es hing aber dennoch wie ein Damoklesschwert latent über ihren Köpfen. So hatten die Moskauer KPD-Spitzenkader ständig das tragische Schicksal

112 Nach Angaben der KPD-Führung blieben nur sechzehn der aus der Partei Ausgeschlossenen in Freiheit. „Liste der wegen konterrevolutionärer Tätigkeit aus der KPD Ausgeschlossenen. Zum größten Teil auf Grund von Verhaftungen in der SU“, o. D., RGASPI, 495/175/100, Bl. 34.

113 Bei diesem Prozedere kam es auch zu Irrtümern. Otto Klein wurde z. B. im Januar 1938 als verhaftet Gemeldeter aus der Partei ausgeschlossen. In Wirklichkeit befand er sich auf Kommandierung. Klein fand am 13. April 1938 wieder Aufnahme in die KPD. Liste vom 13. April 1938; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 231.

114 Ebd.; Schreiben von W. Pieck vom 25. Juni 1938 an W. Ulbricht, W. Florin, H. Wehner und W. Hähnel.; Ebd., Bl. 235.

115 Liste vom 21. Juni 1938; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 236 ff. Zu den Parteiausschlüssen siehe auch: Tischler, Carola: „Es ist notwendig, über die Zugehörigkeit zur Partei zu entscheiden“. Zur Rolle der KPD-Führung bei der Verhaftung ihrer Mitglieder während des stalinistischen Terrors, in: Moskauer Szenarien des Großen Terrors, hrsg. von Kinner, Klaus in Verbindung mit Beitz, Willi. Schkeuditz 1999, S. 104 ff.

116 Die Namensliste weist 901 Einträge auf. Acht davon wurden doppelt erfaßt. Liste der wegen konterrevolutionärer Tätigkeit aus der KPD Ausgeschlossenen. Zum größten Teil auf Grund von Verhaftungen in der SU. o. D., RGASPI, 495/175/100, Bl. 19–34. Die Liste geht wahrscheinlich auf einen Beschluß der Moskauer KPD-Führung vom 20. Mai 1937 zurück: „Es soll ein alphabetisches Register (nach Namen und Pseudonymen) [...] über alle bisher Ausgeschlossenen und mit Parteistrafen belegten Genossen angefertigt werden.“ Protokoll der Sitzung deutscher Genossen am 20. Mai 1937, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 123. Laut Wehner wurden „etwa 1 000 außerhalb Moskaus noch erreichbare deutsche Parteimitglieder brieflich davon unterrichtet, daß sie sich nicht mehr als Parteimitglieder betrachten und bezeichnen dürften.“ Wehner: Zeugnis, S. 227/228.

117 Auszug aus dem Protokoll der KPD-Führung vom 22. Juni 1938; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 257

118 Protokoll der KPD-Führung über die Parteiverfahren vom 1. Oktober 1936; ebd., Bl. 95.

119 Protokoll der Sitzung deutscher Genossen am 20. Mai 1937; ebd., Bl. 124.

der 1938 von der Komintern aufgelösten polnischen KP vor Augen, deren Führungspersonal und fast alle Mitglieder, die sich in der sowjetischen Emigration befanden, auf Veranlassung Stalins physisch vernichtet wurden.¹²⁰

Im Kontext des „Großen Terrors“ stehen zwei Abgänge aus dem auf der Brüsseler Konferenz Oktober 1935 in Moskau gewählten ZK der KPD.¹²¹ Leo Flieg wurde Ostern 1937 aus Paris, wo er als politischer Mitarbeiter des Sekretariats der KPD für die Parteikasse verantwortlich war, nach Moskau beordert und mußte sich dort einem Untersuchungsverfahren durch die IKK stellen. Am 23. August 1937 erhielt er vom Kominterngericht „wegen schwerer Verletzung der Konspiration und leichtsinnigen Verkehrs mit zweifelhaften Frauen“ eine strenge Rüge.¹²² Nachdem bekannt wurde, daß Flieg streng vertrauliche Kassenmaterialien in Paris zurückgelassen hatte, beantragte die KPD-Führung am 26. September des Jahres eine weitere Überprüfung und Bestrafung bei der Kaderabteilung.¹²³ Am 20. März 1938 wurde Flieg vom NKWD verhaftet¹²⁴ und am 14. März 1939 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zum Tode verurteilt.¹²⁵

Willi Münzenberg, der sich große Verdienste beim Aufbau internationaler kommunistischer Organisationen und bei der Propaganda für die Sowjetunion erworben hatte, geriet mit seinen Auffassungen über die Schaffung einer Volksfront aller Hitlergegner in Konflikt mit Walter Ulbricht.¹²⁶ Konkret wurde ihm die „bewußte Störung der Parteiarbeit“ unterstellt.¹²⁷ Etwa im Juni 1937 beorderte ihn die KPD-Führung zur Klärung der Vorwürfe aus Paris nach Moskau.¹²⁸ Angesichts der Massenverhaftungen, von denen auch Verwandte, Freunde und Bekannte betroffen waren, sah Münzenberg sich selbst bedroht und fand immer wieder Ausflüchte, um dieser Aufforderung nicht Folge zu leisten. Wie richtig er mit dieser Entscheidung lag, zeigt eine Bemerkung Stalins gegenüber Dimitroff: „Münzenberg ist ein Trotzlist. Wenn er herkommt, werden wir ihn sofort verhaften. – Geben Sie sich Mühe, ihn hierher zu locken.“¹²⁹ Im Frühjahr 1938 entzog die Parteispitze in Moskau Münzenberg alle Vollmachten als ZK-Mitglied und leitete gegen

120 Seeber, Eva: Die Beseitigung der Kommunistischen Partei Polens (KPP) und die Mitwirkung des Präsidiums des EKKI 1937–1940. In: Kinner: Moskau, S. 109–126.

121 Unkorrekt ist die immer wieder zitierte Einschätzung von Hermann Weber, daß „die Mehrzahl der [...] im sowjetischen Exil weilenden führenden Kommunisten“ von den Säuberungen betroffen war. Weber: Flecken, S. 22.

122 Protokoll der Sitzung deutscher Genossen am 25. August 1937, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 174.

123 Protokoll der KPD-Führung über die Parteiverfahren vom 26. September 1937; ebd., Bl. 192. Zu dem Verlauf der Untersuchung siehe: Wehner: Zeugnis, S. 233/234.

124 BStU, Sekretariat des Ministers, Nr. 1866, Bl. 274, Liste o. D., RGASPI, 495/175/124, Bl. 24.

125 Auf der „Berner“ Konferenz teilte die KPD-Führung den Teilnehmern mit, daß Flieg „wegen konterrevolutionärer Verbindungen aus der Partei ausgestoßen“ worden sei. Die Verhaftung wurde nicht erwähnt. Eröffnungsansprache Wilhelm Piecks auf der Konferenz am 30. Januar 1939. In: Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar–1. Februar 1939), hrsg. u. eingel. v. Mammach, Klaus. Berlin (Ost) 1974, S. 57.

126 Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Mit einem Vorwort von Arthur Koestler. Stuttgart 1967, S. 292 ff., Wessel: Ende, S. 82 ff., Kühnrich, Heinz: „Ein entsetzliches Mißverständnis“ – oder was eigentlich dahinter steckte. Bisher unbekanntes Schreiben Münzenbergs an Dimitroff, Oktober 1937. In: BzG 1/92, S. 66–82.

127 Pieck: Eröffnungsansprache, S. 57.

128 Wessel: Ende, S. 129 ff.

129 Tagebucheintrag vom 11. November 1937. In: Bayerlein, Bernhard H.: (Hrsg.): Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1945. Berlin 2000, S. 165.

ihn ein Untersuchungsverfahren ein.¹³⁰ Am 6. März 1939 wurde Münzenberg schließlich aus der KPD ausgeschlossen.¹³¹ Im September 1939 attackierte er mit seinem berühmten Ausruf „Der Verräter, Stalin, bist Du“¹³² den Despoten im Kreml in aller Öffentlichkeit. Bis heute sind die Umstände seines Todes in Frankreich im Sommer 1940 ungeklärt.¹³³

In das von Parteigerichtsbarkeit, KI und Geheimpolizei gespannte Netz aus Mißtrauen, Verdächtigungen und Verleumdungen waren auch die Mitglieder der engeren Parteiführung Walter Ulbricht und Herbert Wehner verstrickt, wobei letzterer wahrscheinlich nur knapp den Fängen des NKWD entging.¹³⁴ Mitte Januar 1937 wurden Ulbricht und Wehner, beide Mitglieder des Politischen Büros der KPD in Paris, zur Behandlung der „deutschen Frage“ mit dem EKKI-Sekretariat nach Moskau beordert.¹³⁵ Während diverse Beratungen¹³⁶ im Gange waren, richtete Wilhelm Florin, einer der Kontrahenten Wehners in der KPD-Spitze, ein Schreiben an den Leiter der Kaderabteilung des EKKI Gework Alichanow. Darin machte er darauf aufmerksam, daß mit Wehner ein „enger Freund“ des verhafteten Leo Roth in Moskau weile, und da doch über diesen Auskunft erbeten wurde, könne man doch vielleicht die Gelegenheit wahrnehmen, um „einige Fragen zu klären bzw. einige Auskünfte einzuholen.“¹³⁷ Diese Denunziation war der Auslöser für ein gegen Wehner eingeleitetes Untersuchungsverfahren. Dadurch kam er als Mitglied des neugebildeten Sekretariats des ZK, welches an Stelle des aufgelösten Politischen Büros als operative Auslandsleitung in Paris wirken sollte, nicht mehr in Frage.¹³⁸ Für die Zeit der Überprüfung erhielt er im Moskauer KI-Sekretariat von Palmiro Togliatti eine Anstellung als Referent für deutsche Fragen.¹³⁹ Zunächst wird seine Angelegenheit durch die Kaderabteilung des EKKI untersucht.¹⁴⁰ Neben dem Schreiben von Florin belasteten Wehner auch Beschuldigungen des Gewerkschaftsfunktionärs Hans Hausladen.¹⁴¹ Weiterhin war Wehner davon überzeugt, daß zudem Walter Ulbricht und Hermann Nuding an der Suche nach „Brennmaterial zu meinem Scheiterhaufen“ beteiligt waren.¹⁴²

Um seinen Hals aus der sich langsam zuziehenden Schlinge zu ziehen, schrieb er Ende Januar 1937 für das Sekretariat des EKKI seine Erkenntnisse über die „trozkistische[n]

130 Entwurf „Münzenberg aus dem ZK der KPD ausgeschlossen und seiner Funktionen enthoben“ vom 22. März 1938, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 230; Wessel: Ende, S. 143 ff.

131 An der Untersuchung des Fall „Münzenberg“ war auch die IKK beteiligt. Vgl.: Vatlin: Kaderpolitik, S. 85.

132 Zitiert nach: Wessel: Ende, S. 217.

133 Nach offizieller Version der französischen Gendarmerie beging Münzenberg Selbstmord. Eine Reihe von Indizien schließen aber auch die Ermordung durch den sowjetischen Geheimdienst nicht restlos aus. Wessel: Ende, S. 218; Gross: Münzenberg, S. 333 ff.

134 Ausführlich: Müller: Wehner; ders.: Herbert Wehner – Moskau 1937. Hamburg 2004; ders.: Denunziation und Terror: Herbert Wehner im Moskauer Exil. In: Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung. München 2006, S. 43–58.

135 Müller: Wehner, S. 96 ff. Wehner: Zeugnis, S. 206.

136 Auf den Beratungen sollten auch Meinungsverschiedenheiten zwischen Wehner und Ulbricht geklärt werden. Wehner: Zeugnis, S. 206.

137 Schreiben von W. Florin vom 11. Januar 1937 an G. Alichanow; Müller: Wehner, S. 205/206.

138 Wehner: Zeugnis, S. 215. Auch Anton Ackermann schied als Mitglied aus der operativen Auslandsleitung aus. Er wurde zu ihrem politischen Mitarbeiter degradiert. Geleitet wurde das Sekretariat in Paris von Ulbricht. Weiterhin gehörten ihm Franz Dahlem und Paul Merker als Mitglieder sowie Paul Bertz als Kandidat an.

139 Wehner: Zeugnis, S. 215.

140 Müller: Wehner, S. 105 ff., 205 ff.; Wehner: Zeugnis, S. 232 ff.

141 Ebd., S. 233.

142 Ebd., S. 217.

Wühlarbeit in der deutschen antifaschistischen Bewegung“ auf.¹⁴³ Ein weiterer ausführlicher Bericht vom 9. Februar betraf „Splittergruppen der deutschen antifaschistischen Bewegung“. In diesen systematischen Ausarbeitungen denunzierte Wehner eine Reihe von Emigranten, die fraktionellen Gruppierungen in der KPD angehört oder zu ehemaligen fraktionellen Kontakte unterhalten hatten. Darin belastete er nicht nur Personen, die sich bereits in NKWD-Gewahrsam befanden, sondern benannte auch KPD-Mitglieder, denen nun durch seine Angaben eventuell eine Verhaftung drohte sowie andere NS-Gegner im Ausland, wie zum Beispiel seinen späteren Parteivorsitzenden Willy Brandt. Ein maschinenschriftliches Exemplar seiner kenntnisreichen Expertisetexte übergab Wehner an das NKWD.¹⁴⁴ Anfang Februar 1937 erhielt er die erste Vorladung in die Lubjanka.¹⁴⁵ Kurz darauf folgten zwei weitere protokollierte Befragungen. Während dieser Zusammenkünfte berichtete Wehner der sowjetischen Geheimpolizei unter anderem „über trotzkistische und faschistische Feinde aus deutschen Kreisen und über Gestapo-Arbeit in der KPD“.¹⁴⁶ Das über Jahre angehäuften Funktionärswissen Wehners, der als Informant mittlerweile den Decknamen „Cornelius“ erhalten hatte, über Partei-sünden und politische Abweichler war für das NKWD so brisant, daß es das Denunziationsmaterial umgehend in einen sogenannten Direktbrief „Über die terroristische, Diversions- und Spionagetätigkeit der deutschen Trotzlisten im Auftrag der Gestapo auf dem Territorium der UdSSR“ zusammenfaßte und an alle Republikverwaltungen und regionalen Dienststellen weiterleitete.¹⁴⁷ Das vom Volkskommissar Nikolai Jeschow abgezeichnete Weisungsdokument löste in der Folgezeit eine weitere Verhaftungswelle unter den deutschen Politemigranten aus.¹⁴⁸

Trotz seiner umfangreichen Auskunfts-tätigkeit blieb Wehner weiter im Fokus der Geheimpolizei und der insistierenden KI-Gremien, die an seiner Personalüberprüfung beteiligt waren. So fordert das NKWD in einem Schreiben vom 16. oder 17. Mai 1937¹⁴⁹ den Kaderleiter des EKKI Alichanow dazu auf, alle vorliegenden Verdachtsmomente hinsichtlich Wehners mitzuteilen.¹⁵⁰ Aber erst, als Erich Birkenhauer, Sekretär des Pariser Thälmann-Komitees, in Moskau eintraf und Wehner erneut der Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei verdächtigte¹⁵¹, installiert das EKKI im Juni 1937 eine spezielle Untersuchungskommission. Ihr gehörten Wilhelm Pieck, der stellvertretende Leiter

143 Die einzelnen Teile seines Berichtes tragen folgende Überschriften: „1.) Personen, die zu Gruppe Eberlein gehören; 2.) Personen aus dem Kreis der Gruppe Schubert; 3.) Personen aus dem Kreise Heinz Neumanns; 4.) Andere Personen, die Beziehungen zum Ausland unterhalten; 5.) Über Beziehungen von Trotzlisten nach der UdSSR. 6.) Eine Broschüre der KPD über die deutschen Trotzlisten und die Gestapo;“ Wehner: Zeugnis, S. 238; Ausführungen Wehners vom 13. Dezember 1937, BStU, Sekr. d. Min., Nr. 1866, Bl. 284/85, 303. Auch: Müller: Mühsam, S. 60 ff.

144 Ausführungen Wehners vom 13. Dezember 1937, BStU, Sekr. d. Min., Nr. 1866, Bl. 284. Diese Ausarbeitung und ihre Übergabe an das NKWD werden in den Erinnerungen von Wehner nicht erwähnt. Wehner: Zeugnis.

145 Ebd., S. 238.

146 Ausführungen Wehners vom 13. Dezember 1937, BStU, Sekr. d. Min., Nr. 1866, Bl. 284. Laut seinen Erinnerungen wurde er auch nach Aktivitäten von Trotzlisten in Skandinavien befragt. Wehner: Zeugnis, S. 238.

147 Der Text des Briefes ist abgedruckt in: Müller: Wehner – Moskau, S. 362–397.

148 Ein Verzeichnis von Festgenommenen in: Müller: Wehner – Moskau, S. 259–281.

149 Von Reinhard Müller wird dieses Schreiben unterschiedlich datiert. Vgl.: Müller: Wehner, S. 120, 231, 243.

150 Ein entsprechendes Material, das Grete Wilde am 27. Mai fertiggestellt hatte, wurde am 2. Juli 1937 in russischer Übersetzung an einen NKWD-Offizier Poljatschek adressiert. Material von Grete Wilde vom 27. Mai 1937. In: Müller: Wehner, S. 231–237.; Anschreiben an Poljatschek vom 2. Juli 1937, in: ebd., S. 243.

151 Wehner: Zeugnis, S. 233.

der Kaderabteilung Georgi Damjanow und einer seiner Mitarbeiter, das KPdSU(B)-Mitglied Ja. Zirul, an.¹⁵² Nachdem die Kommission im August 1937 zu dem Ergebnis kam, daß ein Teil der Vorwürfe unbegründet sei¹⁵³, wird Wehner in einem Schreiben aus Paris, das am 21. September in Moskau eintrifft, beschuldigt, während seines dortigen Aufenthaltes in leichtsinniger Weise interne Parteidokumente aufbewahrt zu haben.¹⁵⁴ Hierauf beantragt die KPD-Führung bei der Kaderleitung eine neue Untersuchung gegen Wehner „wegen Verletzung der Konspiration durch Hinterlassung sehr sekreter Materialien in seiner Pariser Wohnung und seinem Pariser Büro“.¹⁵⁵

Am 12. Dezember 1937, kurz vor Mitternacht, wurde Wehner zwecks Aussagen erneut in die Moskauer NKWD-Zentrale geholt.¹⁵⁶ In seinen Erinnerungen vermittelt Wehner den Eindruck, als ob für ihn die Vorladung völlig überraschend kam und er sogar mit einer Verhaftung rechnete. Im Laufe des nächtlichen Treffens gibt Wehner weiteres Funktionärswissen über frühere politische Abweichungen und Parteistünden deutscher Kommunisten preis. Darüber hinaus bot er an, den „Umgang und persönlichen Beziehungen“ von Kreszentia Mühsam, bei deren Mann Erich er vor seinem Eintritt in die KPD als Sekretär tätig war, auszuspionieren.¹⁵⁷ Auch hielt er es für möglich, im Klub für ausländische Arbeiter „weitere Spuren aufzudecken“. Die NKWD-Mitarbeiter ersuchte er, diese seine Vorschläge „zu akzeptieren, um auf diesem Weg Beziehungen zum Feind aufzunehmen.“¹⁵⁸ Nach seinen bereitwilligen Aussagen und Angeboten konnte Wehner gegen Morgen am 13. Dezember 1937 die Lubjanka wieder unversehrt verlassen und in sein Zimmer im Hotel „Lux“ zurückkehren.¹⁵⁹ Im Juni 1938 schloß auch die EKKI-Kommission ihre Untersuchung ab. Sie kam zu dem Ergebnis, daß die „erhobenen Anschuldigungen grundlos gewesen seien“ und Wehner „im Apparat des EKKI belassen werden soll.“¹⁶⁰ Wegen seiner Beziehung zu Lotte Kühn, die bis 1927 zu Heinrich Brandler, August Thalheimer und Karl Radek Kontakte unterhielt und deren ehemaliger Mann Erich Wendt im August 1936 verhaftet worden war, beauftragte die

152 Auszug aus dem Protokoll der Beratung der Moskauer KPD-Führung vom 21. Juni 1937. In: Müller: Wehner, S. 302.

153 „Die vom Sekretariat des EKKI eingesetzte Untersuchungskommission hat festgestellt, daß die von Belfort [Birkenhauer – P. E.] gegen ihn vorgebrachten Verdachtsmomente in bezug auf Verbindungen mit der Polizei nicht begründet sind. Die von Funk [Wehner – P. E.] gegebenen Auskünfte soll er noch schriftlich wiedergeben. „Protokoll der Sitzung deutscher Genossen am 25.8.37“, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 174. Abgedruckt in: Müller: Wehner, S. 302.

154 Schreiben von Hubert an das Sekretariat der KPD vom 28. Mai 1937. In: Müller: Wehner, S. 238–242. Bei „Hubert“ handelt es sich nicht um Hubert von Ranke, wie Müller vermutet. Der ehemalige Mitarbeiter des aufgelösten M-Apparats wollte zu dieser Zeit in Spanien. Ebd., S. 124.

155 Protokoll der KPD-Führung über die Parteiverfahren vom 26. September 1937; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 192. Die vom EKKI-Sekretariat neuinstallierte Untersuchungskommission war fast identisch mit der vorhergehenden. Nur an Stelle von Zirul trat nun der Kaderreferent Georg Brückmann. Aktennotiz von Brückmann vom 13. Juni 1938. In: Müller: Wehner, S. 319.

156 Wehner: Zeugnis, S. 235; Ausführungen Wehners vom 13. Dezember 1937, BStU, Sekr. d. Min., Nr. 1866, Bl. 284.

157 In seinen Erinnerungen schreibt Wehner dagegen, daß er den Vorschlag des NKWD, Kreszentia Mühsam auszuspionieren, entrüstet abgelehnt habe: „Ich erklärte, daß ich mich in dieser Sache nicht einmischen wolle und könne, und daß ich nicht verstünde, daß sie einem Mitglied des Zentralkomitees der KPD zumuten könnten, Verbindung zu Frau Mühsam aufzunehmen, um ihnen dann Berichte liefern zu können.“ Ausführungen Wehners vom 13. Dezember 1937, BStU, Sekr. d. Min., Nr. 1866, Bl. 316; Wehner: Zeugnis, S. 237.

158 Ausführungen Wehners vom 13. Dezember 1937, BStU, Sekr. d. Min., Nr. 1866, Bl. 316.

159 Wehner: Zeugnis, S. 239.

160 Aktennotiz von Brückmann vom 13. Juni 1938. In: Müller: Wehner, S. 323. Laut Wehner zog sich die Untersuchung bis Mitte Juli hin. Das Resultat wurde ihm im August oder September 1938 von Dimitroff persönlich mitgeteilt. Vgl.: Wehner: Zeugnis, S. 232, 240.

Moskwin-Kommission bereits im September 1936 bei der Kaderabteilung eine Untersuchung gegen Walter Ulbricht.¹⁶¹ Durch seine gefestigte Stellung in der KI-Führung hatte diese Überprüfung jedoch keine Folgen für ihn. Nur wenige Hinweise gibt es über das Anfang 1938 eingeleitete Verfahren der IKK gegen Walter Ulbricht nach dessen Rückbeorderung aus Paris nach Moskau.¹⁶²

Den Hintergrund für die entsprechende Untersuchung bildeten seine sektiererische Politik im Pariser Volksfrontausschuß, über die es von Heinrich Mann und anderen nicht-kommunistischen Vertretern massive Beschwerden gab, und seine Intrigen gegen Willi Münzenberg. Dieser beantragte in einem Brief an Dimitroff vom 15. Dezember 1937, in dem er schwerwiegende Vorwürfe formulierte, schließlich ein Parteiverfahren gegen Ulbricht, welches er mit an Stalin übersandten Dokumenten untermauerte.¹⁶³ Zudem nahm die Komintern-Kommission wieder die Untersuchungen von 1936 gegen seine Lebensgefährtin Lotte Kühn auf. Um seinen Kopf zu retten, drehte Ulbricht den Spieß einfach um und belastete in der IKK-Untersuchung seinerseits Münzenberg.¹⁶⁴ Ulbricht überstand das Verfahren vor dem Kominterngericht in Moskau auch dank der Unterstützung von Pieck, Florin und Franz Dahlem unbeschadet.¹⁶⁵ Er wurde lediglich von der Leitung des Pariser Sekretariats der KPD entbunden. Er fungierte dann auf Beschluß des EKKI-Sekretariats vom 14. Mai 1938 anstelle von Philipp Dengel als Vertreter der KPD beim EKKI.¹⁶⁶ Genau ein Jahr später traf die IKK eine Entscheidung bezüglich Lotte Kühns. Sie erhielt „wegen Abstumpfung der Klassenwachsamkeit“ eine einfache Rüge.¹⁶⁷

Wie aus den „Geständnissen“ verhafteter KPD-Funktionäre hervorgeht, sammelte ab 1937 auch das NKWD zielgerichtet Material gegen Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin und Ulbricht.¹⁶⁸ Max Maddalena, Sohn des KPD-Funktionärs Maximilian Maddalena, der sich während seiner zweimonatigen NKWD-Gefangenschaft zur Zusammenarbeit verpflichten mußte, informierte 1938 die Parteiführung über seinen Auftrag, Pieck und Florin zu bespitzeln, was beide in helle Aufregung versetzt haben soll.¹⁶⁹ Auch von anderen kurzzeitig Inhaftierten wurde bekannt, daß die Untersuchungsorgane zielgerichtet nach Schwachstellen in den Biographien der KPD-Spitzenfunktionäre forschten. Von Erwin

161 Vatlin: Kaderpolitik, S. 86; Müller/Mussijenko: Säuberungen, S. 141.

162 Wehner: Zeugnis, S. 276; Stern, Carola: Ulbricht eine politische Biographie, Frankfurt a. M./Berlin 1964, S. 78/79; Frank, Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie. Berlin 2001, S. 137 ff.

163 Münzenberg stellte einen „Antrag auf ein Parteiverfahren gegen Ulbricht wegen Verleumdung eines Mitgliedes des ZK der KPD und Mitarbeiters der Komintern, wegen Organisierung einer Kampagne gegen Münzenberg, wegen schwerster Parteischädigung, ‚wegen ernster Behinderung und wissentlicher Störung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus und die Hitlerregierung‘, wegen ‚schwerster Kompromittierung der Sowjetregierung und ihrer Organe‘ und Attentatsdrohungen gegen ein Mitglied des ZK der KPD“. Vgl.: Kühnrich: Mißverständnis, S. 73; Frank: Ulbricht, S. 138.

164 Ebd., S. 74. Laut Wehner soll in der Untersuchung „vor allem der Abfall Münzenbergs eine Rolle“ gespielt haben. Wehner: Zeugnis, S. 276.

165 Obwohl die Untersuchung des Falls „Münzenberg“ im Frühjahr 1939 wiederum ernste Vorwürfe gegen Ulbricht zur Sprache brachte, hatte auch diesmal die Verhandlung des KI-Gerichts keine negativen Auswirkungen für den Vertreter der KPD beim EKKI zur Folge. Am 29. März 1939 stellte die IKK das Ausschlußverfahren gegen Ulbricht ein. Vgl.: Vatlin: Kaderpolitik, S. 85.; Müller/Mussijenko: Säuberungen, S. 141; Frank: Ulbricht, S. 144.

166 Sitzungsprotokoll der Kommission des EKKI-Sekretariats vom 14. Mai 1938; SAPMO-BArch, RY 1/I 6/10/48, Bl. 249. Die Leitung des Pariser Sekretariats, einer der wichtigsten Posten in der Partei-hierarchie, übernahm nun Franz Dahlem.

167 Ulbricht, Lotte: Mein Leben. Selbstzeugnisse, Briefe und Dokumente, hrsg. von Schumann, Frank. Berlin 2003, S. 29.

168 So enthalten z. B. die erpreßten Geständnisse von Heinz Neumann, Hugo Eberlein, Leo Flieg, Walter Dittbender und Hermann Remmele massive Verschwörungsvorwürfe gegen Florin, Pieck und Ulbricht. Müller: Denunziation, S. 54.

169 Max Maddalena befand sich vom 12. März bis zum 15. Mai 1938 in Untersuchungshaft. Wehner: Zeugnis, S. 252/253.

Marcusson, später leitender Mediziner im Gesundheitswesen der DDR, erwarteten die Vernehmer zum Beispiel Auskunft darüber, „ob nicht Wilhelm Pieck [...] Liebknecht und Luxemburg [Anfang 1919 – P. E.] verraten und den weißen Offizieren ausgeliefert hätte.“¹⁷⁰ Nach Darstellung von Peter Florin bezeichnete ein in Untersuchungshaft mißhandeltes KPD-Mitglied namens Müller auch seinen Vater Wilhelm als „deutschen Spion“. Um die Unhaltbarkeit dieser Verleumdung zu beweisen, soll Wilhelm Florin bei Dimitroff ein Untersuchungsverfahren gegen sich selbst beantragt haben. Daraufhin teilte der Kominternchef wenige Tage später mit, „man habe ihm von sowjetischer Seite versichert, es sei ein Beschluß des ZK der KPdSU gefaßt worden, demzufolge keine Verfolgung führender Genossen der Komintern ohne Zustimmung des Politbüros zugelassen werde.“¹⁷¹

Die prinzipielle Haltung der KPD-Führung, aber auch die der anderen Politemigranten, zu den Verhaftungsaktionen des NKWD und die daraus resultierenden Handlungsmotivationen unterlagen in den Jahren 1936 bis 1938 einem partiellen Wandlungsprozeß. Wie der zitierte Brief von Pieck an Florin vom 23. August 1936 dokumentiert, war man zunächst scheinbar ehrlich empört über die „trozkistisch-faschistischen Elemente“ in den eigenen Reihen und hegte auch keinen Zweifel an der Opportunität der durchgeführten Verhaftungen und Verurteilungen. Ein Eintreten für die Betroffenen, unter ihnen auch „Abweichler“ und parteiinterne Widersacher, wurde von der KPD-Parteiführung deshalb in der Regel nicht in Erwägung gezogen.¹⁷² Eine gewisse Besorgnis zeigte die Parteiführung jedoch von Anbeginn über die Entlassung vieler KPD-Mitglieder von ihrer Arbeit, insbesondere aus dem Apparat der KI und der ihr nachgeordneten Organisationen, und über den bei vielen Emigrantinnen praktizierten Entzug der finanziellen Unterstützung durch die MOPR. Bei ihren Bemühungen, neue Arbeitsstellen zu vermitteln, erzielte die Leitung der deutschen Sektion allerdings nur mäßigem Erfolg.¹⁷³ Auf Beschluß der KPD-Führung vom 25. August 1937 sollten die Probleme und Schwierigkeiten der deutschen Emigration mit der Chefin der MOPR Jelena Stassowa besprochen werden, um auf diesem Wege Abhilfe zu schaffen.¹⁷⁴

Was die KPD-Führung und speziell Wilhelm Pieck als amtierender Parteivorsitzender letztlich dazu bewog, ab April 1938 für einzelne inhaftierte Emigranten einzutreten, kann auf Grundlage der zugänglichen Quellen nur gemutmaßt werden. Diese Entscheidung beeinflussten wahrscheinlich die Bittschriften und Klagen von Frauen und Müttern, welche, überzeugt von der Unschuld ihrer inhaftierten Angehörigen, von Wilhelm Pieck und von der deutschen Vertretung Hilfe und Unterstützung erwarteten. So äußerte Ella Brückmann in einem Petitionsbrief: „[...] es kann unmöglich sein, dass die deutsche

170 Erwin Marcusson war vom 22. März 1938 bis zum 29. März 1940 im Gewahrsam des NKWD. Über seine Befragung zu Wilhelm Pieck berichtete er nach seiner Haftentlassung Herbert Wehner. Wehner: Zeugnis, S. 253.

171 Brief von Peter Florin an Heinz Kühnrich vom 29. Mai 1990. Kopie im Besitz des Autors. Bei dem erwähnten Müller könnte es sich um Georg Brückmann handeln. Leider kann der interessante Hinweis von Peter Florin nicht dokumentarisch untermauert werden. Damit bleibt die Frage offen, warum die Mitglieder der engeren KPD-Führung, die 1937/38 in Moskau weilten, wie z. B. auch Franz Dahlem, vom direkten NKWD-Terror verschont blieben.

172 Dazu exemplarisch: Friedmann-Wolf: Eis, S. 112.

173 Siehe: „Bericht über die Arbeitsbeschaffung für Politemigranten in der SU“ auf der „Sitzung deutscher Genossen am 2. August 1937“; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 156.

174 Vorgesehen war, auf dem Treffen u. a. die Überfüllung des Emigrantenheims, die fehlende Isolierung der Tbc-Kranken, die Hemmnisse bei der Beschaffung von Arbeit, die Entziehung der finanziellen Zuwendungen und die mangelhafte Fürsorge für die Kinder anzusprechen. Ob die Beratung stattfand, konnte nicht ermittelt werden. „Protokoll der Sitzung deutscher Genossen am 25.8.37“; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 172.

Partei in ihren Reihen so viele schlechte Elemente hatte, dass alle Verschickten wirkliche Spione, Konterrevolutionäre usw. sind.“¹⁷⁵ Nachdenklich stimmten die Parteiführung auch die 1938 durchgeführten Festnahmen von langjährigen, bewährten „Partei-soldaten“, wie Paul Schwenk, Bernard Koenen, Wilhelm Kerff, Otto Dattan, Walter Dittbender, Theodor Beutling, Magnus Satzger und Fritz Kalisch, die keinen fraktionellen Zusammenhängen angehört hatten, eine makellose Kaderakte besaßen und bei denen es hinsichtlich ihrer Loyalität zur Partei und zur Sowjetunion keinen Zweifel gab. Einige von ihnen, die nun deutsche Spione sein sollten, hatten den Mißhandlungen in nazistischen Haftanstalten widerstanden.¹⁷⁶ Auch bei den 1938 in Moskau als „Hitlerjungen“ verhafteten Söhnen ausgewiesener Hitlergegner, die bei ihrer Einreise in die UdSSR teilweise noch Kinder waren, konnte man sich eine Beteiligung an „konterrevolutionären Verbrechen“ nicht vorstellen. Dazu kam der Umstand, daß das ZK der KPdSU(B) auf seinem Januarplenum 1938 eingestand, daß „bei der großen Arbeit zur Säuberung [... der Partei] von trotzkistischen rechten Agenten des Faschismus ernste Fehler und Entstellungen begangen wurden“.¹⁷⁷ In einem Beschluß verpflichtete die Führung der KPdSU(B) die einzelnen Parteiorganisationen, „ein Maximum an Vorsicht und kameradschaftliche Sorge bei der Entscheidung über [... die Parteimitgliedschaft] walten zu lassen.“¹⁷⁸ Auch wenn die Verhaftungen durch das NKWD nicht ausdrücklich zur Erwähnung kamen, deutete sich mit diesem Parteiforum zaghafte Abgehen von der bisher üblichen Terrorpraxis an. Gleichzeitig verminderte sich die Gefahr, im Falle der Fürsprache für einen als „Volksfeind“ Bezichtigten, selbst festgenommen zu werden. Ende März 1938 wurde schließlich bekannt, daß Georgi Dimitroff für Christo Kabaktshijew, Veteran der bulgarischen kommunistischen und Arbeiterbewegung, direkt

175 Müller: Menschenopfer ... Eingaben, S. 45. Käthe Kukulies und Eliese Harms, deren Männer Ernst bzw. Hermann im Januar 1938 in Apscheronsk im Kaukasusvorland verhaftet worden waren, fragten am 4. April 1938 im Büro der Deutschen Vertretung: „Warum hilft die Partei nicht, wenn so viel Unrecht geschieht?“ Ähnlich äußerte sich auch Ida Röhrs: „Wofür zahlen wir an die Partei Mitgliedsbeiträge, wenn sie uns nicht hilft?“ Babitschenko: Verhaftungen, S. 121, Müller: Wehner, S. 152. Martha Arendsee schrieb nach der Inhaftierung ihres Lebensgefährten Paul Schwenk an Philip Dengel: „Das unglaubliche ist geschehen. In der Nacht ist Paul verhaftet. [...] Wenn nur etwas in seinem Leben nicht klar wäre, würde ich nicht mit dieser Bestimmtheit behaupten, es kann nichts gegen ihn vorliegen – er ist rein. Brief von Martha Arendsee an Philip Dengel vom 29. März 1938. In: Uhlig: Rückkehr, S. 114; Müller: Menschenopfer ... Eingaben, S. 39 ff. Martha Arendsee gehörte vor der Festnahme von Schwenk zu denjenigen Emigranten, die „alle Verhaftungen erklären“ konnten und „unermüdlich in der Verteidigung der Notwendigkeit dieser Maßnahmen“ waren. Wehner: Zeugnis, S. 228. Zur Wahrnehmung der Verhaftungen siehe auch: Pike: Schriftsteller, S. 467 ff.

176 Müller/Mussijenko: Säuberungen, S. 143

177 Das Plenum kritisierte, daß „Parteiorganisationen ohne irgendeine Überprüfung und folglich unbegründet Kommunisten aus der Partei ausschließen, ihnen die Arbeit nehmen, sie oft sogar völlig grundlos zu Volksfeinden erklären, Gesetzwidrigkeiten begehen und gegenüber den Parteimitgliedern ganz willkürlich verfahren.“ Es erklärte, daß diese und ähnliche Tatsachen „vor allem deshalb verbreitet sind, weil es unter den Kommunisten einzelne noch nicht entdeckte und entlarvte Kommunisten gibt, die Karrieristen sind, die bestrebt sind, sich durch Parteiausschlüsse und durch Repressalien gegen Parteimitglieder auszuzeichnen und hervorzutun, die bestrebt sind, sich vor möglichen Anschuldigungen über Mangel an Wachsamkeit durch Anwendung von wahllosen Repressalien gegen Parteimitglieder zu sichern.“ „Über Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Kommunisten aus der Partei, über die formal-bürokratische Behandlung der Berufung von aus der KPdSU(B) Ausgeschlossenen zur Beseitigung dieser Mängel (Beschluß des Plenums des ZK der KPdSU(B))“. In: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK. 1898–1954, Bd. IX, hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Berlin(Ost) 1957, S. 229, 232, 235. Siehe auch: Tischler: Flucht, S. 156/157.

178 „Über Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß ...“, S. 231.

beim NKWD eingetreten war und dessen Entlassung nach wenigen Tagen aus der Untersuchungshaft erwirkte.¹⁷⁹ Kurz darauf unternahm auch die Moskauer KPD-Führung erste Schritte zur Freilassung deutscher Emigranten.

Philipp Dengel, Vertreter der KPD beim EKKI, verwandte sich in einem Schreiben an Dimitroff vom 2. April 1938 für eine Reihe verhafteter „junger Söhne von Genossen, die im Kampf gegen den Faschismus gestorben“ waren oder sich im Kampfeinsatz in Spanien bzw. in deutschen Zuchthäusern befanden.¹⁸⁰ In der ersten Aprilhälfte 1938 bat Wilhelm Pieck den Kaderreferenten Georg Brückmann um eine Aufstellung von inhaftierten ehemaligen KPD-Mitgliedern, „über die wir kein negatives Material haben“.¹⁸¹ Nach Beratung in der Parteiführung leitet W. Pieck eine solche Aufstellung mit Angaben über zwölf deutsche Kommunisten und vier parteilose jugendliche Emigranten am 20. April an Georgi Dimitroff weiter.¹⁸² Sein Anschreiben war mit der Bitte verbunden, „geeignete Schritte zu unternehmen, damit die Untersuchung gegen die betreffenden Personen beschleunigt wird, damit ihre Freilassung erfolgen kann.“¹⁸³

Am 21. April 1938 kehrte Bernard Koenen, dessen Name auf der Petitionsliste Wilhelm Piecks verzeichnet war, unverhofft aus der Untersuchungshaft zurück.¹⁸⁴ Pieck berichtete er, daß NKWD-Mitarbeiter „Torturmittel“, Zwang und Erpressung anwenden, um die gewünschten Geständnisse zu erzielen.¹⁸⁵ In Unkenntnis des Umstandes, daß Stalin 1937 die Anwendung von Foltermethoden sanktioniert hatte, wurde dem Büro Stalins mit Einverständnis Koenens daraufhin eine Beschwerde über die Handlungsweise der Untersuchungsführer zugeleitet.¹⁸⁶ Nach Angaben von Wehner waren die Informationen von Koenen für Pieck, Florin und Ulbricht der Anlaß, weitere „Schritte für einige verhaftete Personen zu unternehmen.“¹⁸⁷ Noch im April 1938 trat Wilhelm Pieck in einem

179 Brief von G. Dimitroff an Michail Frinowski vom 21. März 1938. In: Firsow, Fred: Mut gegen Ungesetzlichkeit. Dokumente aus dem Archiv der Komintern über den Kampf für die Rettung von Kommunisten und Internationalisten vor Stalinschen Repressalien. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus 7/1989, S. 998/999; Wehner: Zeugnis, S. 245. Im Gegensatz zur deutschen Parteiführung soll Georgi Dimitroff „das Treiben des NKWD“ nie befürwortet und intern sogar als „ungeheimlich“ kritisiert haben. Friedmann-Wolf: Eis, S. 180. Diesbezüglich muß berücksichtigt werden, daß die Massenverhaftungen von Bulgaren und Mazedonier im Rahmen einer weiteren nationalen Operation des NKWD erst im Februar 1938 einsetzten. Geworkjan, KGB, S. 233.

180 Abel, Ende, S. 28; Vatlin: Kaderpolitik, S. 84.

181 Schreiben von G. Brückmann an W. Pieck vom 17. April 1938; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 284; In den Fängen, S. 333/334.

182 Die KPD-Spitze nahm jedoch eine Unterteilung der Personen vor, für die sie eintreten wollte. So gab es Emigranten, von denen sie „fest überzeugt“ war, daß sie keine Verbrechen begangen hatten, und andere, („die uns nicht so gut bekannt sind“) von denen sie nur glaubte, daß sie ebenfalls unschuldig seien. Brief von W. Pieck an G. Dimitroff vom 20. April 1938; SAPMO-BArch, I 2/3/82, Bl. 283; In den Fängen, S. 333; Voßke, Heinz: Briefe Wilhelm Piecks an Georgi Dimitroff und D. S. Manuilski aus den Jahren 1937 bis 1942. In: BzG 4/1989, S. 492, Firsow: Mut, S. 1 000/1 001.

183 In den Fängen, S. 333. Am 23. April 1938 übermittelte Dimitroff das Schreiben Piecks an den Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres, Michail Frinowski. Firsow: Mut, S. 1 000.

184 Handschriftliche Randnotiz im Schreiben von G. Brückmann an W. Pieck vom 17. April 1938; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 284. Von Wehner wird die Haftentlassung Koenens fälschlicherweise auf das Jahr 1939 datiert. Wehner: Zeugnis, S. 245.

185 Wehner: Zeugnis, S. 246. Über die Verhörpraktiken des NKWD berichteten wahrscheinlich auch die im Mai 1938 freigelassenen Jugendlichen Max Maddalena und Johannes Beimler. Ebd., S. 252.

186 Laut Wehner führte der Bericht von Koenen zu seiner erneuten Verhaftung. Wehner: Zeugnis, S. 246.

187 Wehner Zeugnis, S. 246. Wehner erweckt in seinen Aufzeichnungen den Eindruck, als ob der Bericht von Koenen die Aktivitäten der Parteiführung zur Freilassung einzelner Emigranten erst initiiert hätte. Da der erwähnte Brief an Dimitroff am 20. April abgesendet, aber Koenen erst am 21. April 1938 entlassen wurde, trifft dies nicht zu. Naheliegender ist, daß es sich bei den „Schritte[n] für einige verhaftete Personen“ um weitere Rettungsversuche der KPD-Führungsspitze handelt. Dafür wurde nach der Streichung des Namens von Koenen u. a. auch die Aufstellung von Brückmann weiter verwendet.

an den Volkskommissar für Inneres Nikolaj Jeschow gerichtete Schreiben für die Haftentlassung deutscher Emigranten ein.¹⁸⁸ Eine mehrseitige Ausarbeitung von Paul Jäkel, Referent im Büro der deutschen Vertretung, vom 29. April 1938 über die Auswirkungen der Massenrepressalien auf die deutschen Emigranten bestärkte Pieck, weiterhin in diese Richtung zu wirken. Jäkel berichtete unter anderem, daß die Emigranten nicht mehr, wie noch vor einigen Monaten, jeden verhafteten Kommunisten anstandslos als Schuldigen betrachteten: „Sie glauben einfach nicht, daß Paul Scherber [das ist Paul Schwenk – P. E.], Willi Kleist [das ist Wilhelm Kerff – P. E.], Hans Hausladen, Walter Dittbender usw. Spione oder Verräter sind.“¹⁸⁹ Besorgnis erregte die Feststellung, daß durch das Vorgehen des NKWD „das Vertrauen zur Partei und auch zu den Sowjetorganen zurückgeht.“¹⁹⁰ Insgesamt wandte sich die KPD-Führung 1938 mit sechzehn Untersuchungsanträgen an Dimitroff, die aber alle nicht den erwarteten Effekt brachten.¹⁹¹

Die nur punktuelle und selektive¹⁹² Petitionstätigkeit zeigt die völlige Hilf- und Machtlosigkeit der Moskauer KPD-Spitze gegenüber der Willkürpraxis des NKWD. Sie ist gleichzeitig ein Ausdruck dafür, daß die deutschen Parteiobere die „Große Säuberung“ und in diesem Zusammenhang den übergroßen Teil der Festnahmen, deren Dynamik sie bezüglich der deutschen Politemigranten außer durch die direkte Unterstützung der Repressivstrukturen auch mit Presse- und Redebeiträgen mit beeinflußt hatten, als notwendige und legitime Form des Klassenkampfes ansahen.

Die reine Zahlenbilanz der „Großen Tschistka“ und weiterer sowjetstaatlicher Repressalien in den darauffolgenden Jahren¹⁹³ war für die deutschen Genossen katastrophal. Unter Berücksichtigung der mittlerweile herangewachsenen Kinder und Jugendlichen – in der Literatur als zweite Generation der Emigration bezeichnet – kehrten von den eingangs erwähnten 8 000 Frauen und Männern ab 1945 etwa 1 300 bis 1 400 aus der Sowjetunion zurück.¹⁹⁴ Sie waren vom permanenten Gewissensdruck des „Moskauer Gepäcks“¹⁹⁵ stark gebeugt. Unter den mit bitteren Erinnerungen und Schuldgefühlen Belasteten gab es, ob Führungsfunktionäre oder einfache Genossen, viele verbogene Charaktere sowie psychisch gebrochene und anderweitig deformierte Persönlichkeiten. Keinesfalls brachten die ideologisch zumeist linksorthodox bis dogmatisch totalitär geprägten Reemigranten aus dem kommunistischen Asylland Sowjetunion adäquate Befähigungen, Erfahrungen und Kenntnisse mit, um nach der NS-Diktatur in Nachkriegsdeutschland eine offene und demokratische Gesellschaft und Staatsform zu gestalten.

188 Brief von W. Pieck an D. Manuilski vom 28. Mai 1939; SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/82, Bl. 289. Siehe auch: Voßke: Briefe, S. 492.

189 Babitschenko: Verhaftungen, S. 120; Tischler: Flucht, S. 114/115; Müller: Wehner, S. 151. Die Namen der im Zitat erwähnten Emigranten waren auch im Petitionsschreiben Piecks enthalten. Siehe in diesem Kontext auch das erschütternde Schreiben von Martha-Ruben Wolf an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Maksim Litwinow vom 9. Mai 1938 und den Brief von Franz Schwarzmüller vom 23. April 1939. Müller: Menschenopfer ... Martha Ruben-Wolf, S. 399 ff.; Meyer-Stiens: Opfer, S. 118 ff.

190 Babitschenko: Verhaftungen, S. 120; Tischler: Flucht, S. 115.

191 McLoughlin: Schutzbund-Emigration, S. 434

192 Siehe zum Beispiel die reservierte Haltung Piecks und Ulbrichts zu den Hilfeersuchen von Ella Brückmann. Müller: Menschenopfer ... Eingaben, S. 42.

193 Zu berücksichtigen sind auch die Verluste während des „Vaterländischen Krieges“ und natürliche Todesfälle.

194 Wilhelm Mensing hat in einem Dokumentationsprojekt aktuell die Namen von 1 700 erwachsenen Rückkehrern, deren zum Teil ausländischen Ehepartnern und minderjährigen Kindern erfaßt. Siehe auch: ders.: Remigration deutscher Politemigranten aus der Sowjetunion in die Sowjetische Besatzungszone/Deutsche Demokratische Republik 1945–1962. In: ZdF, Heft 38/2015, S. 88–123.

195 Müller: Denunziation, S. 51.